

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Beauschreibungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 18—Kč, Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Vierteljährlich 48—Kč, halbjährlich 96—Kč, ganzjährig 192—Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120—öK, für Deutschland 16—Mk. Postpostamtstele 57644. Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

Die Antwort der Kleinen an die Große Entente.

Auf dem Umweg über Paris und als Information des „Temps“ erfahren wir heute, was die Prager im Einvernehmen mit der Belgrader und Bukarester Regierung der Völkervereinigung geantwortet hat. Die amtliche Veröffentlichung des authentischen Wortlautes durch das Prager Ministerium des Äußern wäre zweifellos würdiger und wir gehen wohl mit der Vermutung nicht fehl, daß der Inhalt der Antwortnote zu dem feststehenden Verfahren den Anlaß gegeben hat. Denn um es sofort und kurz zu sagen: die von der Kleinen Entente formulierten Forderungen sind durchaus danach angelegt, im Großteil der Bevölkerung berechnete Unruhe und Sorge zu erwecken. Denn sie schieben die Auseinandersetzung mit der großen Entente auf ein Geleise, auf welchem die Fahrt, wie man befürchten muß, nur langsam und stöckend vor sich gehen wird, und darüber werde die Rückkehr zur Ordnung immer weiter hinausgeschoben.

Das, worum der Streit anhub und was ihm einzig und allein eine sittliche Berechtigung gab, ist nach der geistigen Umgebung des Ministeriums und nach der heutigen Note aus dem Gebiete des Streitens in jenes der Vereinbarung gerückt und deshalb aus der Betrachtung sogleich auszuschalten: Karl ist des Thrones verlustig, er ist den Großmächten ausgeliefert und die Habsburger, diese vierhundertjährige Krone ihrer Lande und Völker, sind und bleiben ihrer „feudalen Ansprüche“ verlustig. Wie immer die reaktionären Kreise Frankreichs der Habsburgerfrage bisher gegenübergestanden sein mögen, die Ereignisse der letzten Tage machen hier der großen Entente ein Zurückweichen schiedlich unmöglich. Solange der große Staatenbund stehen bleibt, darf kein Karl und kein Otto oder Albrecht mehr seine frech-aberren Herrscherpläne weiterspinnen. Deshalb also die Bevölkerung in Unruhe zu halten, ist ein müßiges Beginnen.

Mit welcher Energie die Staatsmänner von Rom und von Paris die Entwaffnung Ungarns betreiben werden, ist freilich nicht so leicht und rasch zu beantworten. Ihr Herz hängt gewiß nicht an der Sache, eher wünschen sie heimlich das Gegenteil. Aber bekanntlich muß man oft anders, als man gern möchte, und das trifft auch in diesem Falle durchaus zu. Dr. Benesch und Bastick, die immer so sagen, wie die Großen, Briand und Storza-Torretta, es ihnen vormachen, haben in letzter Zeit unzweifelhaft selbständige Musik zu machen begonnen und das paßt ihren Vormündern noch weit weniger als die Entwaffnung der Republikaner. Um nach dieser Richtung ihren Willen durchzusetzen, bedarf also die kleine Entente auch keiner außerordentlichen Maßnahmen, feste Selbstständigkeit reicht hier vollkommen aus. Ein in Prag und Belgrad deutlich bekundeter Bismarck dient dem Frieden Mitteleuropas viel mehr denn Gewaltmaßnahmen. Denn es wird und muß den Budapestener Unruheherd ebensogewiß auslöschen, und indem er die Vasallenbarbe zur großen Entente lodert, weckt er die Hoffnung, daß sich die slavischen Nachfolgestaaten in Zukunft nicht so hemmungslos als Handlanger Frankreichs und Englands hergeben werden.

Darum erregt es desto mehr berechnete Besorgnis, wenn Herr Benesch heute mit einer Forderung heraustritt, von der man gestern wohl raunen hörte, mit welcher er aber wohlweislich hinter dem Berge hielt. Es ist das Verlangen, daß Ungarn die

Die Antwort der Prager Regierung. Festhalten an der Forderung auf Rückerstattung der Mobilisierungskosten. Abrüstung Ungarns in bestimmter Frist.

Paris, 2. November. Dem „Temps“ zufolge hat der tschl. Gesandte in Paris dem Quai d'Orsay heute die Antwort der Prager Regierung überbracht. Die Tschechoslowakei dankt der Völkervereinigung, daß sie entsprechend den Wünschen der Kleinen Entente die Ausschließung des ganzen Hauses Habsburg verlangte. Sie dankt ferner für das Entgegenkommen der Großen Entente in der Abrüstungsfrage, betont aber, daß die Festsetzung einer bestimmten Frist für die Erfüllung dieser Forderung durch Ungarn notwendig ist. Die tschl. Regierung bedauert, daß die Völkervereinigung die Forderung auf Rückerstattung der Mobilisierungskosten nicht anerkennen zu können glaube. Sie erklärt, daß sie die Forderung weiter aufrechterhalten müsse, und begründet ihren Standpunkt mit folgenden Erwägungen: Die ungarische Regierung ist nicht zuletzt durch die Mobilisierung der Kleinen Entente bestimmt worden, gegen Karl Partei zu nehmen. Gewisse Vertreter der Budapestener Regierung waren durchaus geneigt, mit Karl zu paktieren. Jegedächst sofort zu Karl über. Der ungarische Gesandte für Portorose, Graf, hat einen Posten in der Regierung angenommen. Graf Bethlen hat für vor der Reise festgestellt, daß Karls Rechte auf den Thron begründet seien. Bei dieser Lage der Dinge könne niemand behaupten, daß die Mobilisierung überflüssig war. Der Verzicht auf die Kosten könnte die ungarischen Royalisten nur zu einem neuen Versuch ermutigen. Der tschl. Gesandte erklärte weiter, die Kleine Entente sei nach wie vor entschlossen, keine Aktion ohne vorherige Verständigung mit den in der Völkervereinigung vertretenen Großmächten zu unternehmen, aber die Regierungen von Prag und Belgrad müßten es nach den bisherigen Erfahrungen ablehnen, zu demobilisieren, ehe sie die Annahme ihrer Forderungen und entsprechende Sicherheiten erlangt haben.

Forderung Frankreichs: Abschung der Habsburger bis zum 7. November.

Paris, 2. November. (N. S.) Zum Teile verstümmelt.) Die Völkervereinigung

Kosten der Mobilisierung tragen solle. Gewiß, es ist die reine Wahrheit, wenn Benesch behauptet, daß Graf Bethlen und die anderen Grafen ein doppeltes Spiel gespielt haben und daß sie unter Umständen gern bereit waren, mit Karl gemeinsame Sache zu machen. Aber in ihren offiziellen Schritten hat sich die ungarische Regierung von dem Augenblicke ab, da Karl in Odenburg eintraf (und erst dieser Augenblick hat die Mobilisierung veranlaßt!), korrekt verhalten und den Usurpator bekämpft. Sie wird mit gutem Schein behaupten können, daß sie und daß die Bevölkerung des Landes für die Verbrechen eines Dritten nicht haftbar, und in diesem Rechtsstreit wird sich die große Entente schwerlich ganz auf die Seite ihres

„Revolutionärer Opportunismus.“

In der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung der Welt kann man die Beobachtung machen, daß das Proletariat jeder Nation die Marxsche Lehre in verschiedener Weise aufgenommen hat. Die Begründung des Marxismus wurde der ganzen Geistigkeit der Arbeiterschaft eines Landes angepaßt und so hat der Sozialismus jeder Nation sein eigenes Gepräge. Diefelbe Tatsache kann man an der Entwicklung der kommunistischen Partei bei den verschiedenen Völkern studieren. Die tschechische kommunistische Partei ist aus der Linken der tschechischen Sozialdemokratie hervorgegangen, aus der Opposition gegen die Haltung der tschechischen Sozialdemokratie in den ersten zwei Jahren der Republik. Die tschechische Sozialdemokratie hatte ihren Burenfrieden mit den bürgerlichen Parteien nicht nur im Kriege geschlossen, sondern nach dem Kriege fortgesetzt und die radikalen Elemente in der Partei wandten sich von ihr ab. Da nun jede Richtung in der Arbeiterbewegung, die links von der Sozialdemokratie steht, in den letzten Jahren der Natur der Dinge nach mit der dritten Internationale in Berührung kommen mußte, so nahm die tschechische Linke allmählich die Terminologie der Kommunisten an. Im Grunde genommen ist sie bis heute eine radikale sozialistische Partei geblieben, ihr Hauptunterscheidungsmerkmal von der tschechischen Sozialdemokratie ist ihre Bekämpfung der Koalitionspolitik.

Unter ganz anderen geschichtlichen Bedingungen ist die deutsche kommunistische Partei entstanden. Sie konnte gegen die deutsche Sozialdemokratie mit dem Schlagwort „Weg mit der Koalitionspolitik!“ nichts anfangen, weil die deutsche Sozialdemokratie an einer Koalitionsregierung niemals teilgenommen hat. Ihre Parole konnte nur sein, die Diktatur des Proletariates, wie sie in Rußland von den Bolschewiken geübt wird, engster Anschluß an die dritte Internationale war bei ihr selbstverständlich. Die Vereinigung der beiden Parteien, die sich auf dem Parteitage in Prag gerade vollzogen hat, ist die Vereinigung einer koalitionsfeindlichen radikalen sozialistischen Partei (tschechische Abteilung) mit einer kommunistischen Sekte (deutsche Abteilung). Da nun die tschechische Bewegung bei weitem stärker ist als die deutsche und die politische Führung der tschechischen Partei derjenigen der deutschen weitaus überlegen ist, ist es kein Wunder, wenn der ganze Kommunismus der deutschen Partei bei der ersten Berührung mit den tschechischen Volksmassen zum Teufel geht. Daß dies so kommen mußte, war vorauszusagen, aber die Schnelligkeit, mit der sich die Schamalisierung der deutschen Abteilung vollzieht, wird doch jeden überrascht haben, der die Berichte des kommunistischen Parteitages gelesen hat. Erleichtert wird die geistige Beeinflussung der deutschen Kommunisten durch die tschechischen dadurch, daß der bisherige politische Führer der deutschen Abteilung Kreibich ist, der durch seine Dankbarkeit und durch den öfteren Wechsel seines Standpunktes den deutschen Arbeitern seit Jahren bekannt ist. Während er im Jahre 1918 Schützengräben bauen wollte, um den Deutschen in der Tschechoslowakei das Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen, ist er heute einer der wenigen begeisterten Lobredner des tschechischen Staates, der der Republik in ihren heutigen Grenzen in seiner Rede einen tiefen sozialistischen Sinn untergeschoben wollte, indem er sie als unumgängliches notwendiges Durchgangsstadium zum Sozialismus hinstellte. Während Kreibich noch auf dem Karlsbader Parteitage im Okt. 1920 von dem „Meer von Blut und Tränen“ redete, durch das

Einigung der Parteien.

Budapest, 2. November. (N. S. S. S.) Heute vormittags fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen eine interparteiliche Konferenz statt, an der die Vertreter der Partei der Kleinen Landwirte, der christlich-nationalen Vereinigung und der Opposition teilnahmen. Auch Graf Albert Apponyi erschien in der Konferenz. Justizminister Tomcsany legte dem Gesandten über die Regelung der Königsfrage vor, den der gestrige Ministerat verhandelt und angenommen hat. Sodann entwickelte Ministerpräsident Graf Bethlen jene außenpolitischen Motive, welche die Annahme des Gesandten notwendig machen. Hierauf gaben die Vertreter der einzelnen Parteien ihrer Auffassung Ausdruck. Ministerpräsident Graf Bethlen und Minister des Äußern Pansky ergriffen wiederholt das Wort, um auf einzelne aufgeworfene Fragen Aufklärungen zu erteilen. Die Konferenz nahm sodann den Entwurf der Vorlage zur Regelung der Königsfrage mit einer vom Abgeordneten Hencs beantragten Abänderung einstimmig an. Abg. Kassan behielt sich das Recht vor, weitere Abänderungen zu unterbreiten.

Karls Schicksal noch ungewiß.

Paris, 1. November. (Havas.) Dem „Temps“ zufolge wird die Völkervereinigung morgen einen endgültigen Beschluß betreffs des Internierungsortes Karls fassen; vorläufig wurde er zu Schiff nach Baja geschafft. (Baja liegt in Ungarn nahe bei Fünfkirchen.)

Kleinen Mitläufers stellen wollen, nachdem sie es einmal schon abgelehnt hat.

Die Frage der Kriegsschadigungen und „Reparationen“, die schon soviel Unheil angerichtet hat, darf in veränderter Gestalt nicht neue Schwierigkeiten auslösen! Das ausgeplünderte ungarische Volk, das für die Untaten seiner Feudalherren nicht verantwortlich ist, soll und darf nicht mit neuen, furchtbaren Lasten überbürdet werden! Die Mobilisierungskosten sind nicht durch Ungarn, sie sind durch das unsinnige, vom Kapitalismus geschaffene und aufrecht erhaltene Mächtesystem veranlaßt worden und diese Schuld der Gesellschaftsordnung darf nicht die Arbeiterklasse entgelten! Deshalb muß die kleine Entente ihr letztes Verlangen fallen lassen.

man hindurch müsse, während damals das Wort Opportunismus auf ihn und seine Anhänger wie das rote Tuch wirkte, während Beifallstürme seiner Anhänger das Karlsbader Schützenhaus durchbrausten, wenn er der deutschen Sozialdemokratie Opportunismus vorwarf, bekennet er sich nun selbst zum „revolutionären Opportunismus“, ein Wort, das ebenjogut Schmeral hätte prägen können. Diesen „revolutionären Opportunismus“ demütiert er als „die stetige Entschlossenheit auch zur Offensive überzugehen, wenn ein Umschwung in der Situation eintritt. Der Wille zur Offensive, wenn es einmal losgeht, das sind die kümmerlichen Reste der Entschlossenheit alles zu wagen, und alles auf Spiel zu setzen, die die Kommunisten einst besaßen: ein Niederbruch einer Partei innerhalb eines Jahres, wie man ihn in diesem Lande wohl noch nicht gesehen hat.

Das Schmeral allen Problemen ausweicht, und wir an ihm genötigt. Aber die Art, mit der er den gegenwärtigen Ministerpräsidenten und seine Politik schonend behandelt, sind alles eher denn kommunistisch. Man sollte glauben, daß die Front der kommunistischen Partei stets gegen die bürgerliche Regierung ihres Staates gerichtet sein sollte. Wie lange ist es denn her, seitdem die kommunistischen Bensch den Vasallen der europäischen Konterrevolution nennen und ihn verdächtigen, an der Seite Frankreichs und Bolens in Rußland intervenieren zu wollen. In den letzten Tagen hat nun Schmeral eine Drehung um 180 Grad vollzogen und erklärt nun, daß die Tschechoslowakei an eine Intervention in Rußland im nächsten Frühjahr gar nicht denke, daß die Politik der großen Entente reaktionärer sei als die der Tschechoslowakei und man daher die kleinere Reaktion gegen die größere unterstützen müsse. Nicht gegen die Politik der eigenen Bourgeoisie richtet Schmeral seinen Kampf, sondern gegen die kapitalistischen Ententemächte. „Die wichtige Aufgabe, der Kommunisten des tschechoslowakischen Staates“ sagt er, „sei die Entente vor den Arbeitermassen der Tschechoslowakei definitiv zu demaskieren.“ Wahrhaftig, eine heuchlerische Parole, die fremde Bourgeoisie zu demaskieren und die heimische ungeschoren zu lassen, eine Parole, die eines Menschen würdig ist, der alles eher ist, nur kein Revolutionär. Die eigentliche Begründung für Schmerals Standpunkt ist das, was er gleich darauf in seiner Rede über die politische Lage sagte, daß das Erscheinen der Habsburger „eine Gefahr für die Integrität des tschechoslowakischen Staates sei“. Für Schmeral sind also die Grenzen, wie sie die Gewaltfriedensschlüsse der kapitalistischen Mächte des Westens geschaffen haben, ein Heiligtum. Er ist nur dann für die Weltrevolution, wenn dadurch die Integrität der Grenzen der tschechoslowakischen Republik nicht angetastet wird. Damit ist Schmeral bei der Ideologie aller nationalen tschechischen Parteien angelangt, die die Welt und alle großen Bewegungen der Geschichte einzig und allein vom Standpunkt der „nahe republik“ betrachten.

Geradezu abstoßend ist die Stellung der Kommunisten zu den Einrückungen. So wenig Würde hat selten eine Partei in einem so wichtigen Augenblicke gewahrt. Es wäre nicht zweckmäßig,“ sagt der Revolutionär Schmeral (bei dem das Wort zweckmäßig sehr häufig vorkommt), „ein Lösungswort anzugeben, hinter welchem aus kommunistischer Überzeugung nur wenige Leute stünden, dagegen (jedoch, die Red.) große Massen aus Gründen der Bequemlichkeit, um gleich darauf von uns abzufallen, wenn wir von ihnen Opfer für die kommunistische Sache verlangen würden.“ Also nur deswegen, weil die Kommunisten ein paar Anhänger, ein paar Wähler verlieren würden, geben sie keine klare Parole aus. Verfliegen sind die Grundsätze, der Opportunismus ist gelieben. So schämen die Führer und die Parolen einer, in der die Leute sitzen, die die deutsche Sozialdemokratie wegen ihrer angeblichen Grundlosigkeit gespalten haben! Noch hallen uns die Worte im Ohr nach, die Seliger in Karlsbad gesprochen hat: „Wer den Mut hat, das Proletariat mit Steinen in der Tasche gegen Maschinenabwehr zu schicken, der ist ein Verbrecher am Proletariat.“ Das haben die Spalter und Zerzer der deutschen Arbeiterbewegung damals wohl als übertriebene Furcht, vielleicht gar als Unentschlossenheit und Feigheit bezeichnet. Heute vertrieben sie sich in ihre Mansfelder, rastlos standen sie der politischen Krise gegenüber, die wir in den letzten Tagen durchgemacht haben und hatten nichts anderes zu tun, als dem Ministerpräsidenten der die Koalition der tschechischen Bourgeoisie mit den tschechischen „Sozialpatrioten“, wie die Kommunisten höhnen sagen, repräsentiert, die Steigbügel zu halten.

Von dem Geiste Schmerals ist der bisherige Vertreter des kommunistischen Radikalismus,

Wichtige Parteiberatungen.

Die politische Situation. — Der Parteitag am 11. Dezember.

Gestern fand in Prag eine gemeinschaftliche Sitzung des Parteivorstandes und der Klubs der Abgeordneten und Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, in der Abgeordneter Dr. Czech einen ausführlichen Bericht über die Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Dr. Benes schickte. Der Ministerpräsident gab der Abordnung des Parteivorstandes, den Genossen Dr. Czech, Cermak und Dr. Keller eine genaue Darstellung über die letzten außenpolitischen Ereignisse und sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen, die zwischen der Großen und Kleinen Entente geschlossen wurden, ein Einverständnis in den wichtigsten Fragen ergaben. Schon in den nächsten Tagen zur vollständigen Beilegung des Konfliktes mit Ungarn können wir hoffen. Gegenüber der Forderung der Abordnung nach sofortiger Demobilisierung legte der Ministerpräsident dar, welche Vorarbeiten und Entscheidungen noch abzuwarten werden müssen, ehe an die Demobilisierung geschritten werden kann. Wenn nicht neue Verwicklungen entstehen, so könnte mit der Demobilisierung in kürzester Zeit begonnen werden. Freilich müssen vorher alle verbliebenen Sicherungen gewährleistet und alle Abschlüsse definitiv sein. Gegen die Beschwerden wegen der massenhaften Unterstände und Verzögerung der Eingriffe vertrat der Ministerpräsident für rasche Abhilfe Sorge zu tragen. Schließlich gab der Ministerpräsident die verbliebenen Auskünfte über die Verhältnisse in der Slowakei, über die Zensurverhältnisse, worauf eine Besprechung der nächsten parlamentarischen Arbeiten erfolgte.

In diesen Bericht schloß sich eine lebhafte Debatte, worauf der Bericht des Genossen Dr. Czech zur Kenntnis genommen wurde und die entsprechenden Beschlüsse über die nächsten parlamentarischen Arbeiten, insbesondere für die Mitglieder des Bundess und Wehrausschusses gefaßt wurden. Ferner wurde beschlossen, die vorerwähnten Beziehungen betreffend die Fortdauer der Krankenversicherung für die Mobilisierten und deren Angehörigen und über die entsprechenden anzufragenden Bestimmungen der Bruderlebensversicherung einzubringen. — Ferner wurde übereinstimmend beschlossen, daß es nicht genügt kann, wenn die Regierung auch eine namhafte Erhöhung der Unterhaltungsätze sofort im Verordnungsweg verfügt. Eine gründliche Reform des Unterhaltungsatzes wurde als notwendig bezeichnet und mit der Anberaumung einige Abgeordnete betraut.

Der auch bei Herrn Kreibitz eine Hindernis gewesen ist, von der er sich sehr rasch erholt hat, vollständig infiziert. Den ganzen Wandel in der Stimmung Kreibitz seit Karlsbad zeigt sein Loblied auf die bürgerliche Demokratie. Während er in Karlsbad, bepackt mit einem Zaß voll Zitate, die bürgerliche Demokratie in Grund und Boden verdonnert hat, stellte er in seiner Prager Rede die bürgerliche Demokratie als einen „Uebergang vom kapitalistischen Staat zur Machtergreifung durch das Proletariat“ dar. Das nur zu dem Zwecke, um die Schönheiten der tschechoslowakischen Republik aufzumachen, in der die Bewegungsfreiheit seiner Betreuer nach, eine viel größere sei, als in der alten Monarchie. Ob die eingekerkerten Kommunisten in Vork sich dieser Meinung anschließen werden, wagen wir zu bezweifeln. Ebenso spricht sich Kreibitz „gegen jede gewaltsame Aenderung durch einen Putsch“ aus, er, der in seinem Blatte monatlang der Arbeiter Reichs erps die Putschtheorie gepredigt hat. Ein anderer Verfall, ein anderer Wandel von links nach rechts, ist wohl kaum denkbar.

Das Vertrauen zu solchen Führern kann nach allem bei ihren Anhängern kein großes sein. Ein tschechischer Delegierter sprach es auf dem Parteitage mit klarer Offenheit aus: „Wenn Du mit Benesch verhandelst,“ sagte er zu Schmeral, in der Debatte, „darfst Du niemals allein gehen, sondern mit einigen Genossen und die Partei muß davon wissen.“ Um dieses Einverständnis zwischen Führern und Massen, das bei den Kommunisten herrscht, beneiden wir sie wahrhaftig nicht. Dieses Mißtrauen ist berechtigt und die Massen der Arbeiterschaft erkennen immer mehr das riesige Spiel, das die kommunistischen Führer mit ihnen getrieben haben, das Verbrechen, das Kreibitz und Konsorten begangen haben, als sie den stolzen Bau der deutschen Sozialdemokratie unterwühlten. Die sonnigen Versammlungen unserer Partei haben gezeigt, wo die Arbeitermassen stehen und daß die deutschen Proletarier ein sicheres Empfinden dafür haben, wer offen und ehrlich mit ihnen spricht und wer eine klare Politik vertritt. Die Verhandlungen des kommunistischen Parteitage hingegen haben ein

Bei der Besprechung der Versammlungsbildung am letzten Sonntag wurde von allen Rednern festgehalten, daß deutsch-bürgerliche Agitatoren eine infame lügnische Gehe gegen unsere Partei injiziert haben, gegen die sich unsere Genossen und Genossinnen auch in den nächsten Tagen in energischer Weise zur Wehr setzen werden.

Nachdem die Kriegsgefahr beseitigt und in den nächsten Wochen doch wieder normales politisches Leben einkehren dürfte, beschloß der Parteivorstand, den Parteitag für den 11. Dezember und die folgenden Tage in Prag a. E. abzuhalten.

Für die Opfer von Graslitz.

In der Besprechung, die gestern beim Ministerpräsidenten im Auftrag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Genossen Dr. Czech, Cermak und Dr. Keller hielten, gab der Ministerpräsident Dr. Benes eine genaue Darstellung der bisherigen amtlichen Erhebungen über die Graslitzer Vorgänge. Unsere Genossen verwiesen darauf, daß nach den Berichten von Augenzeugen der Gebrauch der Schusswaffe voreilig erfolgt ist, verlangten, daß die Regierung für die baldige entsprechende Entschädigung der Opfer und ihrer Angehörigen Sorge. Schließlich legten sie auch die Forderung nach sofortiger Aufhebung des Standrechtes für den Bezirk Graslitz vor. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Untersuchung nach beiden Seiten im Gange ist und ehestens abgeschlossen sein wird. Dann kann sich die Regierung erst über die Entschädigungsfrage äußern. Wegen der Aufhebung des Standrechtes versprach er, sich sofort mit den zuständigen Ministerien in Verbindung zu setzen und diesem Verlangen nach Möglichkeit nachzukommen.

In der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Klubs der Abgeordneten und Senatoren wurden nach den Berichten der Genossen Lorenz (Rothau) und der Abgeordneten Palme und Sillebrand die Graslitzer traurigen Vorgänge erörtert und den Opfern und deren Hinterbliebenen die warmste Teilnahme angedrückt. Ferner beschloß die Sitzung einen Sammelaufruf für die Graslitzer Opfer herauszugeben und den Betrag von 5000 Kronen aus Parteimiteln zu spenden. 5000 Kronen spendeten die Abgeordneten und Senatoren.

Wird der Unentschlossenheit, Unklarheit, Unentschlossenheit und einen politischen Gefinnungswechsel aufweist, der auch den indifferenten Arbeitern die Augen darüber öffnet wird, welches politische Verbrechen die deutschen Kommunisten begangen haben. Die Massen der deutschen Arbeiterschaft werden den Kommunisten gerechte Richter sein — aber sie werden richten!

Bestiger Widerstand gegen Schmeral und Kreibitz.

Der letzte Verhandlungstag des Vereinigungsprozesses der Kommunisten enthält deutlicher, als die früheren Tage, daß auf dem Parteitage eine starke Opposition gegen die Leitung der „tschechischen und deutschen Arbeiter“ besteht, die die Haltung der Führer zu opportunistisch findet, zumal in der Frage der Demobilisierung. Dies zeigte deutlich ein Antrag, der von über vierzig Delegierten unterschrieben war und der forderte, daß Kreibitz und Schmeral eine Erklärung über ihr eigenmächtiges Vorgehen im Aufhebenssinn anlässlich des Putsches Karls und über ihre persönlichen Beziehungen und Konferenzen mit Benesch, Benesch und der Burg abgeben sollen. Schmeral und Kreibitz gelang es nach längeren Ausführungen, die Einwände zu entkräften. Heute ergriff auch ein Vertreter der Moskauer Exekutive, der Italiener Genorri das Wort und überbrachte in italienischer Sprache die Grüße seiner Partei und die Anschauung der Moskauer Exekutive über diesen Vereinigungsantrag. Für die reichsdeutschen Kommunisten sprach schließlich aus Berlin, der sich auch über das Verhalten zur Demobilisierungsfrage aus sprach.

Die Vorschläge für die vierundzwanziggliedrige Exekutive stießen bei einem Teil der Delegierten auf Widerpruch. Vor allem rügten sie es, daß lauter Sekretäre und Redakteure, aber kein männlicher Arbeiter vorgeschlagen worden sei. Nach längerer, ziemlich heftiger Debatte wurden die von der Antrogskommission vorgeschlagenen Kandidaten mit Ausnahme Stokals gewählt. Unter ihnen Schmeral, Kreibitz, Reutoth, Soufer, Frau Dolezal, Blinisch, Frau Joska, Jitel, Frau Udrzal und Rohu. Die Debatte über das Organisationsstatut zog sich in die Länge. Bestiger Widerstand fand die Erhebung des Parteibeitrags auf 8 Kronen.

Schließlich wurde auch dieser Vorschlag der Leitung angenommen. Mit einer Schlußansprache Sturz und Kreibitz, mit der Abstimmung der Internationale wurde die Tagung geschlossen.

„Die Mobilisierung wird zu Ende geführt.“

Sitzung des Wehrausschusses.

In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses erklärte Minister Udrzal, daß die Mobilisierung unbedingt zu Ende geführt werden müsse, um die Schwächen der Mobilisierung ausprobiert zu können und die ungarische Angelegenheit zu Ende zu führen.

Den zu den Ausführungen Udrzals zu Worte gemeldeten Abgeordneten erklärte der Vorsitzende, daß eine Debatte unzulässig sei, daß lediglich Anfragen an den Minister gestellt werden dürfen.

Abg. Genosse Kaufmann richtete an den Minister folgende Anfragen: Ob er geneigt sei, sofort alle Vorkehrungen wegen der Demobilisierung zu treffen; daß in den für die Wehrmacht in Betracht kommenden Bereichen nicht der Unternehmer allein die Liste der zu entlassenden Arbeiter zusammenzustellen hat, sondern auch dabei die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft heranzuziehen sind; daß die Disziplinarstrafe vom Militärdienst befreit werden; daß die Beamten und Bediensteten der autonomen Körperschaften in ihrem Dienst die Erledigung ihres Entlassungsantrages abwarten können. Weiters richtete Genosse Kaufmann an den Minister die Anfrage, ob über alle gemachten Ausgaben auch die parlamentarische Bewilligung eingeholt werde.

Abg. Hummelmann bemerkte, daß die Zivilbevölkerung wohl ihre Pflicht erfüllt habe, nicht aber die Ministerien. Weil parlamentarische Ministerien sind, glauben die Beamten in den Ministerien machen zu können, was sie wollen. Die Flugwerkzeugfabriken wurden aufgelassen, dafür ein Flugzeugarsenal errichtet. Dies alles ohne Zustimmung des Wehrausschusses. Es sprach weiters die Abg. Anrich, Feilerfeld, Babil, Haken und Joll. Feilerfeld stellte an den Minister die Anfrage, ob ihm bekannt sei, daß im ukrainischen Konzentrationslager doppelt so viel Leute angehalten sind und auch für diese gefaßt wird, als tatsächlich Internierte sind. Die Differenz habe sich einfach die Verwaltung behalften.

Von den Beantwortungen der Anfragen durch den Minister seien folgende festgehalten: Der Minister wird für alle Ausgaben die Bewilligung einholen. Die Wehrpflicht sei eine Pflicht, infolgedessen müssen die Einberufenen auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden. Auch für die „Quellanten“ können keine Ausnahmen gemacht werden. Höchstes Prozent der Mobilisierten sind eingezogen und besonders alle deutschen Offiziere. Die Angaben der Abgeordneten Haken und Joll werden Gegenstand der Erhebung sein. Dem Minister sei es „egal“, ob der Unternehmer allein oder mit ihm die Vertrauensmänner der Arbeiter bestimmen, wer zu entlassen ist. Die Strafbefehle für die Nichteingezogenen laßt der Minister ab. Für die Industrie und Handwerksbetriebe wurde Vorkehrungen getroffen, daß keine größere Zwangsarbeit eintritt.

Das Programm der Konferenz von Washington.

Paris, 1. November. „Cap de Paris“ veröffentlicht ein Washingtoner Kabeltelegramm Bertinax, wonach das fertiggestellte amerikanische Konferenzprogramm die Fixierung der Größe der Flotten der einzelnen Länder unter Rücksichtnahme auf den gegenwärtigen Stand der Seemacht, auf die Länge der Küste, die Bevölkerungszahl und das Ausmaß der Staatseinnahmen vorsieht. Der wichtigste Punkt des Programmes sei die Wiederherstellung eines unabhängigen China, das Rollen spielen des Prinzips der Einflusshären, das seit 25 Jahren zu Gunsten Australiens, Japans, England und Frankreichs geschaffen wurde, und die Revision aller Rechte und Konzessionen, die seit der chinesischen Revolution im Jahre 1911 erworben wurden. Ueber die amerikanische Politik gegenüber Frankreich erzählt Bertinax: daß der Wunsch Gardinax, Frankreichs politische Sicherheit zu garantieren, nicht die dauernde Mitwirkung und Unterstützung Amerikas erhoffen lassen dürfe.

Friedensbedingungen der Türkei.

Angora, 31. Oktober. Die große Nationalversammlung hat folgende Entschlüsse angenommen: Die türkische Nationalversammlung erklärt, daß sie zum Frieden mit allen Mächten unter Ausschluß Griechenlands unter folgenden Bedingungen bereit ist: 1. unbedingte Neutralität in der griechisch-türkischen Auseinandersetzung, 2. Anerkennung der vollständigen türkischen Unabhängigkeit, 3. Ratifizierung der Kapitulationen, 4. Entfernung der griechischen Flotte aus dem neutralen Gebiet.

Die heurige Ernte.

Die vorläufigen Ergebnisse der heurigen Anbauflächen und der Ernte der Hauptgetreidearten wurde auf Grund des bis zur ersten Hälfte des Monats September gesammelten Materials zusammengestellt. Die Ausweise über die Anbauflächen sind bisher aus 77 Bezirken nicht eingelangt (in Böhmen aus 35, in Mähren aus 12, in Schlesien aus 17, in der Slowakei aus 6 und Podkarpaten aus 7); es wurden daher in diesen Bezirken die vorjährigen Anbauflächen zur Grundlage der Berechnungen genommen. Berichte über die Durchschnittserträge der heurigen Ernte der Hauptgetreidearten pro Hektar sind bisher aus 50 Bezirken nicht eingelangt (in Böhmen aus 23, Mähren aus 3, Schlesien aus 2, Slowakei aus 14 und Podkarpaten aus 8); es wurden daher für diese Bezirke die Durchschnittserträge auf Grund der aus Nachbarbezirken eingelangten Daten ergänzt. Die Zusammenstellung der definitiven Ergebnisse dürfte noch eine geraume Zeit dauern, weil es nicht möglich war, die Anbauflächenerhebung infolge der passiven Resistenz der Landwirte eher einzuleiten.

Im ganzen Gebiete der Republik wurde gebaut mit:

| | Im Jahre 1921 | Im Jahre 1920 |
|--------------|---------------|---------------|
| Winterweizen | 570.151 | 570.458 |
| Sommerweizen | 52.403 | 66.212 |
| Winterroggen | 892.027 | 883.878 |
| Sommerroggen | 21.478 | 21.891 |
| Wintergerste | 10.495 | 11.084 |
| Sommergerste | 630.121 | 683.557 |
| Safer | 810.707 | 801.806 |
| Halbfrucht | 17.590 | 19.393 |
| Weizen | 146.967 | 152.098 |

Der Durchschnittsertrag pro Hektar betrug:

| | Meterzentner | Meterzentner |
|--------------|---------------|---------------|
| | Im Jahre 1921 | Im Jahre 1920 |
| Winterweizen | 17.9 | 11.3 |
| Sommerweizen | 17.0 | 11.4 |
| Winterroggen | 15.8 | 9.4 |
| Sommerroggen | 9.4 | 7.1 |
| Wintergerste | 13.3 | 11.6 |
| Sommergerste | 16.1 | 11.7 |
| Safer | 13.0 | 10.8 |
| Halbfrucht | 14.4 | 9.6 |
| Weizen | 18.4 | 16.4 |

Im Ganzen wurden geerntet bei:

| | 1921 | 1921 |
|--------------|--------------|--------------|
| | Meterzentner | Meterzentner |
| Winterweizen | 10.179.322 | 6.418.390 |
| Sommerweizen | 890.250 | 756.263 |
| Winterroggen | 13.612.312 | 8.213.116 |
| Sommerroggen | 201.388 | 154.440 |
| Wintergerste | 140.089 | 127.039 |
| Sommergerste | 10.172.361 | 7.980.639 |
| Safer | 10.501.876 | 8.658.794 |
| Halbfrucht | 253.124 | 185.021 |
| Weizen | 2.667.346 | 2.450.621 |

Wie aus obiger Statistik ersichtlich, hat die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahre bei allen Getreidearten, mit Ausnahme von Safer abgenommen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Landwirte, verlockt durch die hohen Viehpreise im Jahre 1919 und 1920 mehr Futterpflanzen gebaut haben. Unterdessen ist der Preisfall gekommen, sodaß wir für nächstes Jahr eine Steigerung der Anbauflächen zu erwarten haben, was durch die hohen Getreidepreise noch gefördert werden dürfte.

Dagegen haben wir ein Durchschnittsmehrertrags in allen Getreidearten auf den Hektar gerechnet, zu verzeichnen. Bei einzelnen Hauptgetreidearten, wie z. B. bei Roggen macht das ein Mehr von 67 Prozent gegen das Vorjahr, bei Weizen über 30 Prozent aus. Auch das Gesamtertrags ist trotz der geringeren Anbauflächen ganz gewaltig gestiegen. Besonders bei Weizengetreide sehen wir ein großes Mehrertrags. Nach dieser Statistik kann man ungefähr ermessen, welche Summen bei den hohen Getreidepreisen in die Taschen der Agrarier fließen.

Der französische Parteitag.

Paris, 1. November. (Sch. P.) Auf dem sozialistischen Parteitag wurde heute unter Vorsitz von Paul Boncour die Debatte über die nationale Politik der Partei fortgesetzt. Unter anderem sprach auch der elsass-lothringische Abg. Weill, der den nationalen Block anariff und ein Zusammengehen aller Linksparteien vorschlug. Renaudel verlangte, daß in das Parteiprogramm folgende Punkte aufgenommen werden: Sozialisierung, Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf 6 Monate, Aufstellung des Finanzprogramms auf Grundlage der von den sozialistischen Abgeordneten im Parlament gemachten Vorschläge und Einrichtung der Einheitschule. Ferner verlangte Renaudel eine ausgedehnte Volksregierung mit einem wirtschaftlichen Arbeitsrat und einem Block der Linken. Einmütig wurden sodann die Anträge angenommen, in denen die Partei ihre unerlöschliche Treue gegenüber den Grundfragen des internationalen Sozialismus bekundet. Nur die sozialistische Partei

Die Entthronung der Habsburger.

Der Wortlaut des Gesetzes.

Budapest, 2. November. (M. S. P.) In der heute stattgefundenen Sitzung der Partei der Kleinen Landwirte teilte Ministerpräsident Graf Bethlen mit, daß er morgen der Nationalversammlung, zum Teile unter dem Druck der Ententemächte, folgenden Gesetzentwurf unterbreiten werde: Gesetzentwurf über das Aufheben der Herrscherrechte König Karls IV. und der Thronfolge des Hauses Habsburg. § 1: Die Herrscherrechte des Königs Karl IV. haben aufgehört. § 2: Die in dem Gesetz und 2 vom Jahre 1723 enthaltene pragmatische Sanktion, die die Thronfolge des österreichischen Hauses (domus Austriae) regelt, hat ihre Wirksamkeit verloren und hiemit ist das Recht der freien Königswahl wieder an die Nation heimgefallen. § 3: Die Nation hält die abtische Staatsform des Königtums unverändert aufrecht, verschiebt jedoch die Besetzung des Königsstuhls auf spätere Zeiten und weist das Ministerium an, diesbezüglich im geeigneten Zeitpunkt Vorschläge zu erstatten. § 4: Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Promulgierung ins Leben. — Der Ministerpräsident ersuchte die Parteien, die Gesetzbillie womöglich ohne Debatte anzunehmen. Schließlich teilte der Ministerpräsident noch mit, daß dem Hause auch ein Beschlus Antrag unterbreitet werden wird, den er ebenfalls ohne Debatte anzunehmen bittet. Abg. Göbös stellte den Antrag, daß die Protektion der Partei der Kleinen Landwirte durch ein Mitglied dieser Partei der Nationalversammlung unterbreitet wird.

Nach den Erklärungen mehrerer Abgeordneter wurde der Gesetzentwurf sodann angenommen.

Ungarn verbricht die Beschlüsse der Großen Entente durchzuführen.

Prag, 2. November. (Sch. P. U.) Die magyarische Regierung hat der tschechoslowakischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß sie alle Beschlüsse durchzuführen werde, welche ihr von den Regierungen der Großmächte vorgelegt werden.

Amnestie für die Putschisten.

Preßburg, 2. November. Aus Budapest wird gemeldet: In der vormittägigen Konferenz der parlamentarischen Parteien legte Justizminister Tomsoanyi den Gesetzentwurf über die

Entthronung vor. Der Präsident der Nationalversammlung, Gaal, legte den Entwurf vor, welchen er mit Ermächtigung der Parteien ausgearbeitet hat. Abg. Ruppert legte drei Entwürfe vor. Der erste verlangt die Inkraftsetzung der Unabhängigkeitserklärung Magyariens aus dem Jahre 1849 und darin inbegriffen die Entthronung der Habsburger. Der zweite Entwurf sieht die Erteilung einer allgemeinen Amnestie für alle am Putsch beteiligten Personen vor, der dritte bezweckt den Schutz des nationalen Lebens vor ähnlichen Unternehmungen in der Weise, daß allen entlassenen aktiven Offizieren ihre Bezüge solange belassen werden, solange sie nicht eine angemessene Zivilanstellung haben.

Entthronung vor. Der Präsident der Nationalversammlung, Gaal, legte den Entwurf vor, welchen er mit Ermächtigung der Parteien ausgearbeitet hat. Abg. Ruppert legte drei Entwürfe vor. Der erste verlangt die Inkraftsetzung der Unabhängigkeitserklärung Magyariens aus dem Jahre 1849 und darin inbegriffen die Entthronung der Habsburger. Der zweite Entwurf sieht die Erteilung einer allgemeinen Amnestie für alle am Putsch beteiligten Personen vor, der dritte bezweckt den Schutz des nationalen Lebens vor ähnlichen Unternehmungen in der Weise, daß allen entlassenen aktiven Offizieren ihre Bezüge solange belassen werden, solange sie nicht eine angemessene Zivilanstellung haben.

Karl und Jita auf dem Schut.

Budapest, 2. November. „Magyar Ország“ meldet, daß das britische Kanonenboot „Glowworm“ mit Königin Karl und Königin Jita in Orsova von rumänischen Minutieren überfallen wurde, die es bis Galatz geleiten werden.

Schandreiben im Vorgebirge.

Wien, 2. November. (Telegramm des „Sozialdemokrat“.) Die Verwaltungsjahre für das Vorgebirge hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Abkommen von Benedig beschäftigt und dabei festgestellt, daß in Oedenburg eine förmliche Fabrik für die Erzeugung falscher Heimatscheine bestehe. Unter Androhung schwerer Unfällen wie Brandlegung, Bedrohung der persönlichen Sicherheit und dergleichen wird der deutschen Bevölkerung von den Amtorganen die Abstimmung für Ungarn aufgezwungen. Oesterreich hat dabei nicht die geringste Möglichkeit, seinerseits die Bevölkerung aufzuklären, weil die Grenze gesperrt ist und das ganze Abstimmungsgebiet unter untraglichem Druck der Banden steht. Die Verwaltungsjahre verlangt von der Bundesregierung und dem Nationalrat, daß sie, wofern keine durchgreifende Aenderung der Abstimmungsbedingungen durchzuführen wäre, die Vereinbarungen von Benedig ablehnen. — Von einer Korrespondenz wird gemeldet, daß die österreichische Regierung an die Ententemächte den schärfsten Protest gegen die fortgesetzten Bandenübergriffe und Benutzungen der bürgerlichen Bevölkerung durch die Banden in den nächsten Tagen überreichen wird.

Ungarn verbricht die Beschlüsse der Großen Entente durchzuführen.

Prag, 2. November. (Sch. P. U.) Die magyarische Regierung hat der tschechoslowakischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß sie alle Beschlüsse durchzuführen werde, welche ihr von den Regierungen der Großmächte vorgelegt werden.

Amnestie für die Putschisten.

Preßburg, 2. November. Aus Budapest wird gemeldet: In der vormittägigen Konferenz der parlamentarischen Parteien legte Justizminister Tomsoanyi den Gesetzentwurf über die

Entthronung vor. Der Präsident der Nationalversammlung, Gaal, legte den Entwurf vor, welchen er mit Ermächtigung der Parteien ausgearbeitet hat. Abg. Ruppert legte drei Entwürfe vor. Der erste verlangt die Inkraftsetzung der Unabhängigkeitserklärung Magyariens aus dem Jahre 1849 und darin inbegriffen die Entthronung der Habsburger. Der zweite Entwurf sieht die Erteilung einer allgemeinen Amnestie für alle am Putsch beteiligten Personen vor, der dritte bezweckt den Schutz des nationalen Lebens vor ähnlichen Unternehmungen in der Weise, daß allen entlassenen aktiven Offizieren ihre Bezüge solange belassen werden, solange sie nicht eine angemessene Zivilanstellung haben.

Entthronung vor. Der Präsident der Nationalversammlung, Gaal, legte den Entwurf vor, welchen er mit Ermächtigung der Parteien ausgearbeitet hat. Abg. Ruppert legte drei Entwürfe vor. Der erste verlangt die Inkraftsetzung der Unabhängigkeitserklärung Magyariens aus dem Jahre 1849 und darin inbegriffen die Entthronung der Habsburger. Der zweite Entwurf sieht die Erteilung einer allgemeinen Amnestie für alle am Putsch beteiligten Personen vor, der dritte bezweckt den Schutz des nationalen Lebens vor ähnlichen Unternehmungen in der Weise, daß allen entlassenen aktiven Offizieren ihre Bezüge solange belassen werden, solange sie nicht eine angemessene Zivilanstellung haben.

Karl und Jita auf dem Schut.

Budapest, 2. November. „Magyar Ország“ meldet, daß das britische Kanonenboot „Glowworm“ mit Königin Karl und Königin Jita in Orsova von rumänischen Minutieren überfallen wurde, die es bis Galatz geleiten werden.

Schandreiben im Vorgebirge.

Wien, 2. November. (Telegramm des „Sozialdemokrat“.) Die Verwaltungsjahre für das Vorgebirge hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Abkommen von Benedig beschäftigt und dabei festgestellt, daß in Oedenburg eine förmliche Fabrik für die Erzeugung falscher Heimatscheine bestehe. Unter Androhung schwerer Unfällen wie Brandlegung, Bedrohung der persönlichen Sicherheit und dergleichen wird der deutschen Bevölkerung von den Amtorganen die Abstimmung für Ungarn aufgezwungen. Oesterreich hat dabei nicht die geringste Möglichkeit, seinerseits die Bevölkerung aufzuklären, weil die Grenze gesperrt ist und das ganze Abstimmungsgebiet unter untraglichem Druck der Banden steht. Die Verwaltungsjahre verlangt von der Bundesregierung und dem Nationalrat, daß sie, wofern keine durchgreifende Aenderung der Abstimmungsbedingungen durchzuführen wäre, die Vereinbarungen von Benedig ablehnen. — Von einer Korrespondenz wird gemeldet, daß die österreichische Regierung an die Ententemächte den schärfsten Protest gegen die fortgesetzten Bandenübergriffe und Benutzungen der bürgerlichen Bevölkerung durch die Banden in den nächsten Tagen überreichen wird.

Entthronungen über die Orgeich.

Geldgeber die sächsischen Industriellen. Dresden, 2. November. Im sächsischen Landtage stellte der Minister des Innern, Lipinski, fest, daß die gesamte Organisation der vom Reichspräsidenten verbotenen „Orgeich“ in Sachsen auf die „Brüder von Stein“ übergegangen sei. Geldgeber für die Orgeich und für die Brüder von Stein seien die Finanzanschlüsse der sächsischen Industrie. Mehrere Waffenlager seien beschlagnahmt worden. Die erlangte Mitgliederliste und das aufgefunden Material lassen erkennen, daß die Brigade Ehrhardt und die Organisation Escherich als „Brüder von Stein“ zusammenarbeiten und daß eine geschlossene Organisation der Konterrevolution in Sachsen besteht. Das Polizeiamt in Leipzig ist angewiesen worden, die Auflösung des Vereines herbeizuführen.

Aufdeckung eines Aufstandsplanes in Lemberg.

Berlin, 2. November. Die „Bojs. Zig.“ meldet aus Warschau: In Lemberg ist man einem galizisch-ruthenischen Aufstandsplane auf die Spur gekommen, der mit der Thronerhebung Erzherzog Wilhelms abschließen sollte. Der Erzherzog soll erst kürzlich unter falschem Namen in Lemberg geteilt und mit seinem Vertrauensmann, Rechtsanwalt Baran, konfiziert haben. Baran wurde verhaftet. Bei ihm beschlagnahmte Papiere haben laut „Kurjer Poznani“ ergeben, daß Lemberg und ganz Galizien schon in fest organisierte Aufstandsgebiete mit eigenen Kommandanten eingeteilt waren. Gleichzeitig ist die Lemberger Polizei einer weitverzweigten kommunistischen Organisation in Ostgalizien auf die Spur gekommen.

Die irische Kriegsgefahr wächst.

London, 1. November. Heute vormittags wurde eine Sitzung des Ausschusses der irischen Konferenz abgehalten, eine weitere Sitzung des Ausschusses wird wahrscheinlich heute abends stattfinden. Nach der Zusammenkunft am Vormittag wurde ein Kabinettsrat abgehalten. In Regierungskreisen wird erklärt, daß die Verhandlungen während der letzten 24 Stunden ein außerordentlich ernstes Stadium erreicht haben.

Polens Forderung an Deutschland.

Wie die kommunistische Agentur „Kosla“ Wien aus Warschau meldet, lauten die Hauptforderungen der Polen in den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland nach dem Beschluß des polnischen Ministerrates folgende:

1. Die Eisenbahndirektion bleibt in Katowice mit Zuständigkeit für das ganze nördpolnische Oberschlesien.
2. Die notwendigen neuen Bahnanlagen im polnischen Teil werden vorläufig als Teile des deutschen Eisenbahnnetzes ausgeführt.
3. Die polnische Mark wird in Oberschlesien zu einem zu vereinbarenden festen Kurs gleichberechtigt mit der deutschen Mark in Zahlung genommen.

Die gleiche Agentur erhält aus Moskau die Nachricht, daß die Sowjetregierung die Erfüllung des Rigaer Friedensvertrages ablehnt, daß die Kommissionen in Moskau, die bereits zu arbeiten begonnen haben, ihre Arbeit unterbrochen und daß sich die polnisch-russischen Beziehungen wieder sehr verschärft hätten.

Der polnische Gesandte in Moskau kehrt in den nächsten Tagen nach Warschau zurück und es ist gewiß, daß an seine Stelle dorthin niemand delegiert werden wird.

Konferenz sozialdemokratischer Parteien der baltischen Staaten.

Am 17. und 18. Oktober fand in Riga eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteien baltischer Staaten statt. Es beteiligten sich die sozialdemokratischen Parteien Finnlands, Estlands und Lettlands, der hebräische sozialdemokratische Bund Lettlands. Die halbkommunistischen „unabhängigen“ Kommunisten Estlands und die Regierungssozialisten Lettlands waren nicht zur Konferenz eingeladen. Die Konferenz war einberufen von der Sozialdemokratie Lettlands, im Einverständnis mit dem Sekretariat der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Nach einer Begrüßungsrede von Seiten der Sozialdemokratie Lettlands, die der bekannte Arbeiterdichter J. Rainis hielt, wurden zu Vorsitzenden der Konferenz die Genossen E. Lannor (Finnland) und J. Rainis (Lettland) gewählt. Aus den Verhandlungen der Konferenz ist die folgende Resolution zu bemerken, die zur Koordinierung der Tätigkeit der vier sozialistischen Parteien in Frage der äußeren Politik angenommen wurde: „Die Delegationen der sozialdemokratischen Parteien Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens stellen fest, daß bezüglich der Fragen der auswärtigen Politik unter den genannten Parteien in folgenden Fragen Einigkeit besteht: 1. Die genannten Parteien sind der Ansicht, daß eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Annäherung zwischen Finnland, Lettland, Estland und Litauen dem Klasseninteresse des Proletariats dieser Länder entspricht und von den sozialdemokratischen Parteien dieser Länder angestrebt werden soll. 2. Sie sind der Meinung, daß die Politik der genannten Staaten nicht auf die wirtschaftliche Schwächung Rußlands hinzielen darf, sondern eine Politik der Verständigung sein muß. Aus diesem Grunde bevorzugen die genannten Parteien jede Politik, die mit ihrer Spitze gegen Rußland gerichtet wäre und in ihren Konsequenzen das Zustandekommen guter Verhältnisse unmöglich machen würde. Die genannten Parteien werden endlich gegen geplante militärische Bündnisse ihrer Länder mit Polen aufstehen.“ Zur dritten These gab der estländische Delegierte folgende Erklärung ab: „1. Die Frage des Verhältnisses zu Polen ist in unserer Partei nicht erörtert worden und wir haben in dieser Frage keine festgesetzte Meinung der Partei. 2. Ich erachte es für unmöglich, die Frage für oder wider Teilnahme Polens an zukünftigen Vereinbarungen und Konventionen im Voraus zu entscheiden.“

Keine Ausführungen in Böhmen-Leipa.

Prag, 2. November. In den letzten Tagen waren verschiedene Gerüchte verbreitet, daß es in Böhmen-Leipa und Eger zu Ausschreitungen gekommen ist. Diese Nachrichten entsprechen in keiner Weise der Wahrheit. In beiden Städten herrscht vollkommen Ruhe. Die Einrichtung der Mobilisten zum Militärdienst ist in völliger Ruhe.

Ungarn verbricht die Beschlüsse der Großen Entente durchzuführen.

Prag, 2. November. (Sch. P. U.) Die magyarische Regierung hat der tschechoslowakischen Regierung offiziell mitgeteilt, daß sie alle Beschlüsse durchzuführen werde, welche ihr von den Regierungen der Großmächte vorgelegt werden.

Amnestie für die Putschisten.

Preßburg, 2. November. Aus Budapest wird gemeldet: In der vormittägigen Konferenz der parlamentarischen Parteien legte Justizminister Tomsoanyi den Gesetzentwurf über die

Entthronung vor. Der Präsident der Nationalversammlung, Gaal, legte den Entwurf vor, welchen er mit Ermächtigung der Parteien ausgearbeitet hat. Abg. Ruppert legte drei Entwürfe vor. Der erste verlangt die Inkraftsetzung der Unabhängigkeitserklärung Magyariens aus dem Jahre 1849 und darin inbegriffen die Entthronung der Habsburger. Der zweite Entwurf sieht die Erteilung einer allgemeinen Amnestie für alle am Putsch beteiligten Personen vor, der dritte bezweckt den Schutz des nationalen Lebens vor ähnlichen Unternehmungen in der Weise, daß allen entlassenen aktiven Offizieren ihre Bezüge solange belassen werden, solange sie nicht eine angemessene Zivilanstellung haben.

Entthronungen über die Orgeich.

Geldgeber die sächsischen Industriellen. Dresden, 2. November. Im sächsischen Landtage stellte der Minister des Innern, Lipinski, fest, daß die gesamte Organisation der vom Reichspräsidenten verbotenen „Orgeich“ in Sachsen auf die „Brüder von Stein“ übergegangen sei. Geldgeber für die Orgeich und für die Brüder von Stein seien die Finanzanschlüsse der sächsischen Industrie. Mehrere Waffenlager seien beschlagnahmt worden. Die erlangte Mitgliederliste und das aufgefunden Material lassen erkennen, daß die Brigade Ehrhardt und die Organisation Escherich als „Brüder von Stein“ zusammenarbeiten und daß eine geschlossene Organisation der Konterrevolution in Sachsen besteht. Das Polizeiamt in Leipzig ist angewiesen worden, die Auflösung des Vereines herbeizuführen.

Aufdeckung eines Aufstandsplanes in Lemberg.

Berlin, 2. November. Die „Bojs. Zig.“ meldet aus Warschau: In Lemberg ist man einem galizisch-ruthenischen Aufstandsplane auf die Spur gekommen, der mit der Thronerhebung Erzherzog Wilhelms abschließen sollte. Der Erzherzog soll erst kürzlich unter falschem Namen in Lemberg geteilt und mit seinem Vertrauensmann, Rechtsanwalt Baran, konfiziert haben. Baran wurde verhaftet. Bei ihm beschlagnahmte Papiere haben laut „Kurjer Poznani“ ergeben, daß Lemberg und ganz Galizien schon in fest organisierte Aufstandsgebiete mit eigenen Kommandanten eingeteilt waren. Gleichzeitig ist die Lemberger Polizei einer weitverzweigten kommunistischen Organisation in Ostgalizien auf die Spur gekommen.

An alle Bezirks- und Lokalorganisationen!

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung am 13. Oktober den Beschluß gefaßt, ein **Parteiabzeichen**

für unsere Parteimitglieder einzuführen.

Das Abzeichen wird künstlerisch ausgestattet sein und in Silberemail angefertigt werden.

Der Verkaufspreis beträgt Kr. 3.— per Stück.

Die Abzeichen werden vom Reichssekretariat an die Bezirksorganisationen zum Preise von Kr. 2.50 per Stück abgegeben und sind von diesen an die Lokalorganisationen zum Preise von Kr. 2.80 per Stück weiter zu verkaufen.

Bestellungen sind an das Parteisekretariat in Tepliz-Schönau, Seilerstraße Nr. 1, einzufenden.

Kleine Chronik.

Der Attentäter auf den serbischen König verhaftet. Der „Grazzer Tagblatt“ wird aus Belgrad gemeldet, daß der Attentäter Marinković, der einen Anschlag auf König Alexander verübt hatte, in Ljuban verhaftet worden ist. Das Auslieferungungsverfahren wurde eingeleitet.

Die Wähler des spanischen Ministerpräsidenten Dato. Berlin, 2. November. Laut „D. Z.“ am „Mittag“ wird infolge der Ergriffung von zwei Wählern des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Dato durch die Berliner Polizei, wofür die spanische Botschaft dem Berliner Polizeipräsidenten ihren Dank ausspricht, der größte Teil der von der spanischen Regierung ausgesetzten Belohnung von 1 Million Pesetas, das sind nach dem heutigen Kurse 24 Millionen Mark, Berlin zufließen. Bei den Festgenommenen handelt es sich um das Ehepaar Luis Riquelme Fort und Lucia Joaquina Fort. Infolge der vorzeitigen Veröffentlichung der Nachricht über die Ergriffung ist der vierte Wähler Cosanellas, der hier erwartet wurde, nicht nach Berlin gekommen. Der dritte war bereits seinerzeit in Madrid festgenommen worden.

Springflut in England. London, 2. November. (Frankf.) Springfluten und Nordstürme verursachten an der Nordküste Englands Überschwemmungen. In London wurden einige Straßen unter Wasser gesetzt. Einen größeren Umfang nahm die Überschwemmung infolge eines Dammbrechens in Oberneß an. Es kam viel Vieh um.

Sammlungs-Ausweis

des Arbeiterhilfsfonds für Rußland.

(Vom 14. bis 20. Oktober 1921.)

Die Angestellten der Bezirkskrankenkasse Raabens 329.80, Tom für die Anstalt der Eisen-Ing. Bodenbach 478.—, Soz.-dem. Bez.-Org. Tachau 477.—, Pol. soz.-dem. Org. Tschelme 387.—, Pol. tsch. soz.-dem. Org. Tschelme 150.—, Pol. soz.-dem. Lokalaorg. Pr. Banavka, Korlebad 100.—, Pol. soz.-dem. Org. Rabuen 160.—, Pol. soz.-dem. Org. Rakva 78.—, Radetz Florian, Arbath 44.—, Pol. tsch. soz.-dem. Org. Tepliz 18.—, Sozialdemokratische politische Organisation Tepliz-Schönau 85.—, Allg. Minderb.-Spargl. Tepliz 45.—, Pol. Org. tsch. Soz. Budyn 200.—, Petriř Joh., Drin

118.—, Verb. der Kauf- und Gewerbl. Prag II, Obere Str. 50.—, A. Aderman, Prag 800.—, Arb.-Kl.-G. für Holzindustrie, Kofljan 465.—, Anst. der Oberebener Riegelbr. 70.—, Ing. des „Pravo Lidu“, Prag 848.18, Soz.-dem. Lokalaorg. Noveho 168.—, Union der Bernarb. Turn-Teplic 459.20, Tsch. soz. P. Domotich 100.—, J. Slanets, soz.-dem. Org., Oberdorf 80.—, Karl Robn, Prag 60.—, A. Arbeiter, soz.-dem. Parteisekr. Sörlau 30.—, Emil Pomeřansk, Bronsko 65.—, Smiteř Fr., Dampoles 4236.46, Arb.-Kl.-G. „All Frei“, Tsch. 80.50, Konf.-Gen. tsch. Soz. Třebomitz 80.—, Allg. Lebensmittell. „Selbsth.“ Varnsdorf 500.—, Zweite Sammlung des Verb. der Keramarb., Pilsch 70.000.—, Krobstř Fr., Bobluzan 112.—, Schlanec Fr., Vereřskin, Uřhorod 158.30, Kařba Jos., Pilsene 2010.—, Org. tsch. Soz., Mähr.-Krumau 87.—, Bezirksorg. Mies der deutschen soz.-dem. Partei 123.—, Leop. Wimmer, Krumau 100.—, Puda Jos., Rihov bei Budov. 61.—, Tsch. Soz. Rejmohl 143.—, Fr. Weber, Schudenau 55.—, Org. soz. P. Tschobor 166.—, Soz.-dem. Bezirksorganisation Kuffia 3082.—, Kobya Mat., Karolinenthal 114.—, Zentralverb. der Arb. verř. Gew. und Ind., Smichov 38.—, Arb.-Lebensm.-Verein „Gegenfeitigkeit“, Leipniz 100.—, dtio. 84.—, Arbeiter der Böhmer. Konf.-Gen. Mattau 2750.—, Kupa Jos., Střezhomiz 53.—, Org. der nat.-soz. P. Uřrudim 217.—, Heinrich Kranz, Pustelov 500.—, Benzel Cimera, Dabi 13.—, Soz.-dem. pol. Org. Jidree 92.—, Kuneř Jos., Cprechtitz bei Domestie 46.30, Fr. Stehlik, Tjic 10.—, Mader Adolf, Pilsen 245.—, Wirtsch.-Spargl. und Mietwesen, Luge 78.—, Lebensm.-V. Bobutin 150.—, Produktionsgen. der Zimmerleute Rusie 1432.—, Union der Eisenbahngang. Bodenbach 447.—, Verband der Arbeiterschaft der chem. Industrie Kuffia 180.000.—, Zentralverband der Glasarbeiter, Tannwald 63.000.—, Mittelböhml. Konf. und Produktionsgen. Pranditz a. C. 3400.—, Krupitzschlo, Renssch 927.—, S. Konopa, Pobleřin 5.—, Soz.-dem. pol. Org. Raj 45.—, Ing. Wessler, Lundenburg 1000.—, Gemeindevorstand Dubavka 462.—, Zentralverb. der Arb. verř. Gew. und Industrien, Jistov 25.—, Soz.-dem. Bezirksorg. P. Teinib, Ronsberg 702.65, Bezirkssekretariat des soz.-dem. Partei, Reudel 188.—, Konf. und Spargl. Prachatic 20.—, Gruppe der Selzer, Eřelitz 114.—, Arbeiterkonf.-Gen. Wäřschbieren 250.—, Baugenossensch. Rabendorf 22.—, A. Sabatschek, Tschirchman 44.—, Selbsthilfe-Kollektiv 200.—, Konsumgen. „Vorřech“, Koniakhof 200.—, Zentralverb. der Arb. verř. Gewerbe und Ind., Theresienstadt 400.—, S. Kuchera, Rava 41.—, Joh. Jindra, Bředloze 30.—, Graph. Union, Rentz. Reichenberg 2000.—, Sozialorganisation Dalva 50.—, Gemeindevorstand Setienz 2000.—, Sekretariat der Union der Textilarbeiter, Reichenberg 120.000.—, Prod.- und Verkaufsgen. der Schneider, Biřel 125.—, A. Reřtan für Arb. der Fabrik Steamson, Budweis 300.—, Erste Reichsbürger Produktionsgen. der Bäckerei-arbeiter, Reichenberg 50.— tsch. Kronen. Im ganzen 465.258.17. Rest von der Vorwoche 1.635.385.18, zusammen 2.102.206.65 tsch. Kronen.

(Vom 23. bis 29. Oktober 1921.)

Joh. Kimeř, Textilfabrik Abisdorf 445.90, Schafwerk Costau 78.—, Pol. soz.-dem. Org. Krupina 144.—, Bürgermeisteramt Dalva 250.—, Klub der Arb. und Gen. der soz.-dem. Arbeiterpartei 4800.—, Verpfelebo. Tremova 200.—, J. Tmeřik, Zuzavka 491.20, Pol. soz.-dem. Org. Průř 50.—, Simon Argon 50.—, Konsumgen. Pilsner 100.—, „Riznis“, Produktionsgen. der Ledierer, Prag 150.—, Arb.- und Gehilfenheim Kuffia 100.—, Mutina, pol. soz.-dem. Org. Prachova 30.—, Soz.-dem. pol. Org. Velenic 98.—, Verband der Arbeiter-Rabf. Ver. Komotau 50.—, Pärarbeitsmeister Dalva 816.—, Břilunnab, „Glov. Peřba“, Krompach 200.—, J. Kreřtan, Arb. der Schneerhala, Pilsen 350.—, Union der Bergarbeiter, Turn-Teplic 4776.—, Arbeiterheim Rezeru 1200.—, T. Škopal, Rezeru 870.—, Pomm. wirtsch. Lebensm. und Spargl. Lojonez 100.—, Zentralkonsumver. Kuffian 2000.—, Konf. und Spargl. Budweis 100.—, Kohlen- und Gesch.-Gen. Jung-Bunzlau 250.—, Allg. Konsum- und

Spargl. Beřel 50.—, Produktionsgen. der Arb.-Bäckerei Brunn 200.—, Genossensch. für den Bau der Arbeiterhäuser Kopř 50.—, Konsumgen. Gottschalling 850.—, Arbeiter-Lebensm.-B. Neudorf-Beřel 815.—, A. Eulora, Puldal 5.—, Buzel für soz.-dem. pol. Org. Lobb 100.—, Verband der Gesch.- und Industriearb. Veran 655.—, Pol. Org. Doudleze 50.—, Tsch. soz. pol. Org. Breznov 42.50, Pilsel, Beamter der Krankenkasse Prag 50.—, Gr. Hippon, Pomm. 22.—, Boverda, Pils 35.—, Bank of Europe, New York 20.430.—, Trařbol, für Konsumgen. Třebřez 200.—, Wirtsch.-, Miet- und Baug. Blouetin 1.60, Gazdit, für pol. Org. Beřel 55.—, J. Pittner, Städt. Wachs Hohenstadt 68.—, Škopal, Rezeru 688.—, Ortřar, der Staats-, Verř. und Gemeindevor. Mähr.-Třubau 204.—, Fabrik für Brausebonb. Marienberg 50.—, Wirtsch.-, Miet-, Spargl. und Baugen. Münchengräd 154.—, dtio. Morfowiz 45.— tsch. Kronen. Im ganzen 44.923.20, Rest von der vorigen Woche 2.102.206.65, im ganzen 2.147.129.85 tsch. Kronen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Folge des Kurssturzes der Reichsmark ist die wachsende Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt und der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Vom August zum September hat sich die Zahl der Empfänger der Arbeitslosenunterstützung von 233.000 auf 189.000, also um mehr als 18 %, verringert. Die Arbeitslosenziffer der Gewerkschaften stellte sich am 24. September auf 1,3 gegen 2,2 % im August.

Bankensuktion. In den letzten Tagen hat sich in Deutschland die Vereinigung zweier Großbanken vollzogen: Der Darmstädter Bank und der Nationalbank für Deutschland, zwischen denen ein Vertrag abgeschlossen wurde, der eine Gemeinschaft beider Institute auf die Dauer von 99 Jahren (also für immer) begründete. Die Darmstädter Bank wird um 130 Millionen Mark Aktien herausgeben, welche von der Nationalbank für Deutschland übernommen werden, die Nationalbank für Deutschland gibt 100 Millionen Mark Aktien aus, die von der Darmstädter Bank übernommen werden. Das Aktienkapital und die offenen Reserven der neuen Bankgemeinschaft werden nicht weniger als eine Milliarde Mark betragen.

Auch die Schweiz hat Defizit. Bern, 1. November. (Sch. D. N.) Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung die Beratung des Budgets der Eidgenossenschaft für 1922 begonnen. Es ist ein Defizit von nahezu hundert Millionen vorzulesen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 3483, 100 Mark 56, 100 schweiz. Franken 1898, 100 Lire 401, 100 franz. Kronen 741 1/2, 1 Pfund Sterling 402, 1 Dollar 103 1/2, 100 belg. Franken 735 1/2, 100 Peso 1842 1/2, 100 Dinar 183 1/2, 100 Tel 64 1/2, 100 österr. Kronen 247 1/2, 100 poln. Mark 347 1/2, 100 ung. Kronen 18.40 tsch. Kronen.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. (Mozart-Subl. IV — „Don Juan“, am 1. November.) Der Aufführung des „Don Juan“ im Rahmen eines festlichen Mozartfestes haben wir mit besonderer Spannung entgegensehen: Ist er doch insofern die Ober der Obern, der beste Prüfling für die Reifeprüfung ist, der größeren Sprechfähigkeiten und besonders wertvoll durch die archaische Tradition seiner Prosa-Aufführung. Wir hätten schon aus letzterem Grunde das Werk gar zu gerne in seiner Brauer Originalfassung gehört, was aber nur teilweise der Fall war. In

der musikalischen Wiedergabe des „Don Juan“ durch Zemlinskij übertraf mich die Wahl der Temp: manche Sätze in einer bis zur Höchstgrenze des Erlaubten dahin eilenden, atmungsvergebenden Beschleunigung, andere wieder in merkwürdiger Zurückhaltung des Zeitmaßes. So kam es, daß die natürlichen Momente eindringlicher gerieten als die dramatischen. Von den Hauptdarstellern ist im allgemeinen Gutes zu sagen. Doll befriedigt, darstellerisch und gefanglich, hat vor allem Herr Fuřs als Masetto, Berthold Stierne als Leporello und Steffi Medler als Zerline; diese drei gaben auch das nachahmenswerte lebendige Beispiel deutlicher Aussprache. Max Klein hat als Titelheld eine ausgezeichnete darstellerische Leistung; gefanglich sehen ihm die natürlichen Klagen der Stimme Schranken. Seine selten schöne, blühende Stimme vermag sich nur im Verřischem anzuleben, während ihr für die dramatischen Akzente und Steigerungen die durchdringende Ausdruckskraft fehlt. Herr Křizals als Ottavio war endlich einmal ein in der Darstellung glaubwürdiger menschlicher Anwalt der Frauenrechte; gefanglich freilich können noch so bedeutende technische Tugenden über den Mangel der Modulationsfähigkeit seines Organes nicht hinwegtäuschen. Ein stimmlich überzeugender Komtur war Herr Lubiz. In den Partien Donna Anna und Elvira gaben sich die Damen Klona und Křepner rechtliche Mühe. Die spanische Ausstattung der Oper machte unserer Don Juan-Tradition Ehre und bot im Vereine mit der umfänglichen Reize Hans Ludwigs manch' stimmungsreiches Bild.

Neues deutsches Theater. Heute, Donnerstag, 2. November, „Geständnis“; Freitag, 4. November, „Faubergs“; Samstag, 5. November, „Gastspiel Else Ford „Polenblut“; Sonntag, 6. November, 2 Uhr nachm. Arbeiter-Vorstellung, abends 6 Uhr „Tristan“.

„Urania.“ Heute, halb 7 Uhr „Deutsche Kultur“. Dirigent R. Křizert. Künstler Vortrag: „Autber“, Einzelstimmen 4 Kronen. Urania-Puppen-theater. Eröffnungsvorstellung Sonntag, den 6. 8 und 8 Uhr „Kasperle als Prinz“. Karten: Kinder 2 Kr., Erwachsene 3 Kr. Herausgeber: Dr. Ludw. Gsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celetna ul. 35, vis-a-vis dem Ubceni dum. Telephon 2871. 107

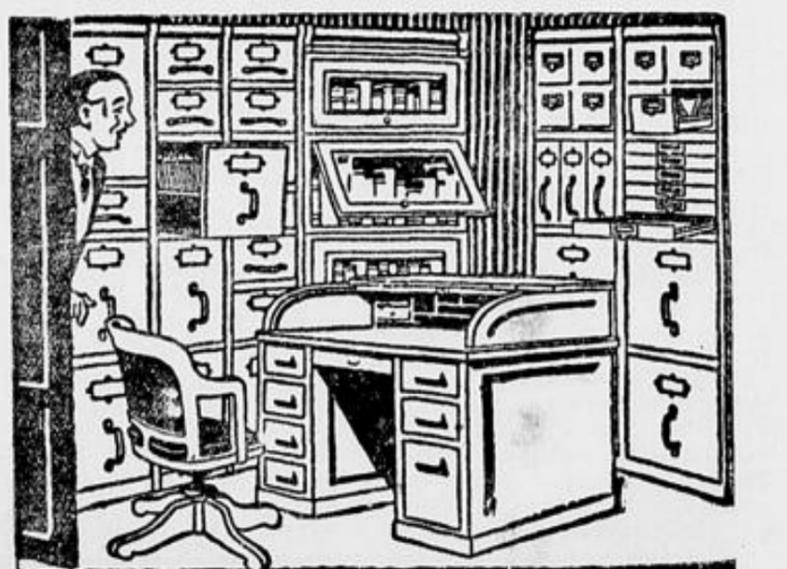
PELZWAREN
Herren- u. Damenpelze, Pelzjackketts, Krügen, Boas, Muffe usw.
kauft man am besten bei
F. BENDER, Prag I., Celetna 12.
Reparaturen und Umarbeitungen werden angenommen. 414

Selbstverleibende Durronach-Additionsmaschinen der Firma Gammelschlag & Comp., Prag, I., Celetna ul. 35, 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Parführung und Probeführung überall unverbindlich und kostenlos. Telephon 6217. 106



PALMA

Der unverwüßliche Kautschuk-Schuhabsatz



Wie ein Märchen ist die Arbeit bei unserer Büro-Einrichtung. 170
„Jerry“, Gesellsch. für Büro-Einrichtung, **Prag II-1646**
Telephon 3312 Vladislavova ul. Nr. 13. Telephon 3312

Sämtliche **Druckaufträge**
übernimmt 98
Lidová knihtiskárna A. Němec a spol.
(„Pravo Lidu“)
PRAG II, Hybernská 7. :: Tel. 4999.

Konsumvereine führen nur
Libaner Presshefe
Zentrale: Prag, Rybná ulice 13.
25 Fabrik: Liban.

Arbeiter, Parteigenossen!
Verlangt in allen Lokalen, in denen ihr verkehrt, den **„Sozialdemokrat“.**

Gastwirtschaft
„Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7. 8
Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen Vortzöglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke. Trinkgelder aufgehoben!

Verlangt 14
in Drogerien und Konsumvereinen
„BRILANTOL“
beste Kleiderstofffarbe.

EGGER & CO.,
PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.
FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN.
Eggers Milch- und Kaffekaramellen,
Eggers 140er Peppermint 67
in allen Konsumvereinen erhältlich.

Nationale Gerechtigkeit.

Die Schulbauten im Investitionsbudget. „Gerechtigkeit!“ ist das Leitwort der großen Schwärze und Lieblichkeit der großen Schwärze gewesen, seitdem sie gegen den schwarzen Sünden, Deutschland, die Waffen erhoben hat. „Gerechtigkeit!“ rufen ihr alle kleinen Völker nach, die sie unter ihrem Hittich großartig hat, aber es ist bei dem großen Ruhm des Sieges, mit der Gerechtigkeit ebenso wenig weit her wie bei den eigentlichen Siegern. Hinter dem zur Frage verzerren Wort steht bei seinen Lobpreisern der Egoismus in jeder Gestalt, als die imperialistische, imperialistische und nationalistiche Ruff- und Jagier.

„Gerecht!“ wollten auch die Tschechen sein, als sie ihren Staat gründeten; und wenn sie auch aus „geschichtlichen“, wirtschafts-geographischen und strategischen Gründen darauf beharren zu müssen erklärten, daß gewaltige reindeutsche Gebiete in den Staat einbezogen wurden, so versprachen sie doch ihren deutschen Mitbürgern, nein, „Kolonialisten“, eine „neue Schweiz“. Mit-Österreich sollte nicht bloß äußerlich zerfallen, es sollte wirklich dem Geiste und Wesen nach tot sein, an Stelle der nationalen Unterdrückung durch ein anmaßendes Herrenvolk sollte in dieser neuen Schweiz die „nationale Gerechtigkeit“ treten.

Wenn die Tschechen im alten Österreich von böhmischer „Unterdrückung“ sprachen, so meinten sie damit vor allem die tiefmütterliche Behandlung ihrer Schulwesen. Die deutsche Sozialdemokratie hat niemals geleugnet, daß an dieser Lage etwas Wahres sei, und sie stand in den parlamentarischen Kämpfen unzählige Male Schulter an Schulter mit tschechischen Genossen, um das einem aufstrebenden Volk an seiner Jugend angelane Unrecht zu bekämpfen und nach Kräften zu beseitigen. Seltsam ist das jedoch nicht bösig. Immerhin wurde jedoch tschechische Intelligenz zum großen Teil in tschechische Schulen herangezogen, daß die neue Republik so ziemlich alle Aemter mit überzeugten Volksgenossen zu besetzen vermag.

Unbill, die man selbst erduldet, gegen deren Abwehr man seine besten Kräfte eingesetzt hat, sollte den von ihr so lang und so schwer Betroffenen doppelt empfindlich machen und vor einer Nachahmung im ungerechten Sinne warnen, auch wenn geänderte Machtverhältnisse ihm eine solche Unternehmung gestatten. Wie die Tschechen sich an diese moralische Selbstverständlichkeit halten, mögen die Zahlen des Finanzgesetzes beweisen, welche dem Aufwande für Schulbauten, Schulrenovierungen u. dgl. gelten. Da findet man für Böhmen in engerer Sinne 31,885.000 Kr. Schilling; für Mähren 31,225.000 Kr. Schilling; für die Slowakei: 33,290.000; für Karpathoruthland: 6 Millionen; für die tschechischen „Minoritätsschulen“ 31,000.000. Von dieser Gesamtsumme von 138 Millionen gelten folgende Ziffern deutschen Anstalten aller Kategorien: das physiologische Institut der Prager deutschen Universität bekommt für

einen Anbau zur Aufstellung eines Akkumulators 25.000 Kr. und die Universität selbst für eine Baustelle, auf welcher ein Kollegiengebäude errichtet werden soll, 200.000 Kr. Auf dem Hintertrakt der deutschen Technikum in Prag wird ein drittes Stockwerk mit 700.000 Kr. errichtet, die Anstalt außerdem mit einem Aufwand von 300.000 Kr. um ein chemisches Institut bereichert. In Reichenberg soll ein deutsches Gymnasium neu errichtet werden, was mit der Abnahme des tschechischen Gymnasiums 300.000, allein also rund 250.000 Kr. kosten soll. Die Errichtung eines chemischen Laboratoriums an der Brünerer Technikum ist mit 900.000 Kr., der Neubau einer zweiten Realschule in Brünn mit 150.000 Kr. eingestellt. Das ist alles. Es beanspruchen also sämtliche deutsche Schulen in der Republik 3,025.000 Kr. oder nicht ganz 2%, die tschechischen Schulen 134,975.000 Kr., die mehr als 98%.

Gegen die erschütternde Bucht dieses Zahlenverhältnisses kommt die Rechtfertigung nicht auf, daß die tschechischen Schulen so lang vernachlässigt waren und daß dieses Verbrechen der Deutschen nun „gesühnt“ werden müsse. Haben doch schon die drei Jahre Republik und ihre massenhaften tschechischen Schulgründungen all diese „verbrecherischen“ Läden zur Genüge ausgefüllt, und wo das nicht der Fall war, mußten die im Budget großzügig für „Minderheitschulen“ ausgeworfenen 30 Millionen vollkommen ausreichen. In dem Verhältnismäßig nicht erreichten zwei Prozent drückt sich eine unbillbare Nachgiebigkeit aus. Denn er bedeutet nicht nur Stillstand, sondern Verfall des deutschen Schulwesens. Wo vor kurzem noch verwendbare Gebäude standen, werden bald, so vernachlässigt und feiner Renovierung gewürdigt, Ruinen emporragen. Die vier Jahre Krieg und die folgenden drei Jahre halben Friedens mit ihren ewigen Inanspruchnahmen, mit der starken Inanspruchnahme eines Gebäudes für mehrere Unterrichtsbetriebe und mit ähnlichem Unfug mehr haben so wie so den baulichen Zustand der Schulen bis auf den Grund verdohrten, die Mobilisierung wird auch noch das ihre dazu tun. Statt hier mit großzügigen Wiederherstellungsarbeiten einzugreifen und kostbaren Besitz wenigstens zu erhalten, wagt man ins Budget den Hungerbrocken von drei Millionen einzusetzen. Und das nicht für Kasernen, Kanonen, Granaten und andere Feinde der Menschheit, sondern für das Schulwesen von dreieinhalb Millionen Deutschen! Was also dem jungen Geschlecht in der Zukunft fortkommen, was seinen Blick zu erweitern, geistig freie Vorkämpfer einer besseren Zeit erziehen soll, das wird von der Regierung einer „demokratischen“ Republik mit kaum einer Krone für Kopf und Jahr ausgestattet!

Drei Millionen für deutsche, 134 Millionen für tschechische Schulbauten im Jahr, die Gesamtziffer klingt hübsch. Was aber soll man zu ihr sagen, wenn man erwägt, daß diese ganzen 138 Millionen nur die Kosten von 1/4 Mobilisierungstagen bedecken! An diesem Vergleich zeigt sich, wer in der tschechoslowakischen Republik herrscht: ob

der vordrängende Bildungsdrang, oder der Militarismus. Wie das Prozentverhältnis die heimische Börse von der „Gerechtigkeit“, so führt diese letzte Feststellung die ebenso beliebte Phrase von der „freiwilligen Demokratie“ kläglich, doch gründlich ad absurdum.

Inland.

Auf dem richtigen Wege. Nicht nur von den deutschnationalen Chauvinisten auch von den tschechischen werden wir wegen unserer Stellungnahme zur ungarischen Frage angegriffen. Die „Narodni Listy“ von gestern registrierten unsere Massenversammlungen und meinten, daß uns die Rücksicht auf die Deutschnationalen näher ist als die Teilbereitschaft mit der tschechischen Sozialdemokratie, die nämlich in der ungarischen Frage mit der Partei des Herrn Aramarsch gestimmt hat. Partei des Herrn Aramarsch im Inhalt habe sich unsere Entschliebung von der der Deutschbürgerlichen unterschieden. Herr Aramarsch und Raschin ist mit uns ebenso zufrieden wie Herr Boeran und Kallina. Und das ist gut so. Herr Boeran und Kallina, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Die Graslitzer Vorfälle vor dem Wehrausschuß. Der Wehrausschuß befahte sich auch mit den Graslitzer Vorfällen. Der Minister erklärte, daß er noch nicht in der Lage sei, über diese Angelegenheit ausführlichen Bericht zu erstatten. So viel steht fest, daß die Soldaten nicht die Absicht hatten, in das Volk zu schießen. Der Minister werde erst in der nächsten Sitzung einen ausführlichen Bericht erstatten. Trotz Einspruches der deutschen Abgeordneten wurde die Eröffnung einer Debatte über die Graslitzer Vorfälle abgelehnt. Ein Abgeordneter fragt, ob der Minister geneigt sei, die Untersuchung über die Graslitzer Vorfälle auch nach der Richtung zu pflegen, ob vor Abgabe der scharfen Schüsse zuerst blinde Schreckschüsse abgegeben wurden, wie es das Dienstreglement vorgeschrieben.

Ein Lieferungsandal. Abgeordnete Kermann berichtete in der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses, daß die nach der Slowakei entsandte parlamentarische Kommission auf schlechte Lieferung von Schuhen gestoßen sei. In Teschen haben sich darüber Soldaten beschwert und in einem Monturmagazin in Silesien wurden 100.000 Paar Schuhe aus sehr schlechtem Spaltleder vorgefunden. Diese wurden von der Firma Dava geliefert. Nach längerer Debatte wurde beschloffen, diese Fälle der Wirtschaftskommission und Sparsamkeitskommission zuzuweisen.

Eine besessene Frage des Abg. Dyl. Der Abg. Dyl. seines Reichens Dichter unter den Politikern der „Narodni Listy“, stellte in der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses die Anfrage, wie es komme, daß ein Dolmetsch der Sitzung bewohne. Wahrscheinlich, eine sorgenvolle Frage!

Tschechischer Bergarbeiterkongress. Zeit Samstags findet in Prag der Kongress der tschechischen Bergarbeiter statt, der für die Zukunft der tschechischen Bergarbeiterbewegung von großer Bedeutung ist, da er darüber entscheiden soll, ob die Organisation in denselben Händen bleibt, wie bisher oder ob neue Männer die Führung des Bergarbeiterverbandes übernehmen. Eine wichtige Frage, über die sehr lange debattiert wurde, die Frage der Erhöhung

der Beiträge. Der Referent Kanoušek vertritt die Ansicht, daß die Erhöhung der Beiträge in einem Referat über die Notwendigkeit der Beitragserhöhung. Gegen dieselbe stellen sich insbesondere die Delegierten aus dem Karpaten-Bezirk. Endlich kam der Vergleich zustande, wie durch die Erhöhung der Beiträge nicht, wie zunächst beabsichtigt war, am 1. Januar, sondern erst am 1. April 1922 in Kraft treten soll. Dieser Antrag wurde vom Kongress einstimmig angenommen. Mittwochs kam es endlich bei den Verhandlungen des Vorstandes zur Entscheidung über den Kampfabstimmung, bei der die Kommunisten, die diesmal den Verband bestimmen zu erobern gehofft hatten, unterlagen. Für ihre Kandidatenliste wurde 86 Stimmen abgegeben, während der bisherige Verbandsvorstand mit dem Abgeordneten Projik an der Spitze mit 93 Stimmen gewählt wurde.

Tages-Neuigkeiten.

Die Toten von Graslitz. Auf dem Friedhofe von Graslitz, Sonntag nachmittags um drei Uhr, fand die Tragödie einiger armer Menschen ein Ende, die in ihrer Naivität vermeint hatten, sich mit Erfolg gegen den Mechanismus des Obrigkeitstaates auflehnen zu können. Wir wollen heute, da sich über die Toten von Graslitz kaum der kühle Nachsinn schloß, vorläufig keine traurige Untersuchung darüber anstellen, wie weit andere Schuld oder Mitschuld an dem Schicksal dieser Aermsten trifft. Wir müssen es uns daher auch versagen, ein Wort über jene zu sprechen, welche den Klintenläusen dieses Ziel gaben. Unser Bedenken gilt heute nur den Opfern selbst. In den Toten von Graslitz ehren wir Vorkämpfer, die in tiefer Abneigung gegen den völkerverwundenden Krieg sich selbst als Vorkämpfer des erhabenen Friedensgedankens zum Opfer brachten. Man muß sich vor Augen stellen, welche Unsummen Leids, welche Fülle von Not und Entbehrung gerade die arme Bevölkerung des Erzgebirges, zumal in den Kriegsjahren, hat ertragen müssen. Es kann nicht Wunder nehmen, daß unter vielen dieser so fürchtbar gekümmerten Menschen die Empörung angefaßt der Gefahr eines neuen Krieges hoch ausloderte, so hoch, daß die Flamme der Entrüstung alle Bedenken, jede Regung des Verstandes, der sich dem übermächtigen Zwange beugen mußten, verzeigte. „In Verneinung der realen Machtverhältnisse“ — so sagte Abgeordneter Genosse Balme am offenen Grabe — „glaubte die Bevölkerung durch die Nichterückung die beste Methode zu haben, den Krieg zu verhindern. Ein schmerzlicher Augenblick hat genügt, diese Verleumdung zu zerstreuen. Was davon übrig blieb, sehen wir mit Entsetzen vor uns liegen. Ein ungeheures Unglück ist über viele Familien hereingebrochen. Mütter und Kinder beklagen den Verlust ihres Ernährers, arme Eltern weinen um ihre Kinder, das Herz krampt sich zusammen bei diesem ungeheuren Elend. Wir empfinden den Schmerz der Angehörigen, der auch der unsere ist. Mit gleicher Liebe wollen wir alle, die hier liegen, umfassen, welcher Parteirichtung immer sie angehören, da sie ein Stück unseres Volkes sind: sie mögen in Frieden ruhen. An uns Lebende aber tritt die Aufgabe heran, der Sinterbliebenen und Verwundeten zu gedanken, damit sie nicht in Not und Elend zu verkommen.“

Stimmen des Todes. Ungezählte Tausende liegen auf dem Gol di Vana, Oesterreicher und Italiener. Sie liegen zum geringen Teil

Ruzena Capel.

Von J. J. David.

Dem man aber mit grenzenlosem Vertrauen begegnete, der durfte sich doch nicht verleiten lassen, das zu mißbrauchen. Und so schlicht war die sie ihm selbst entgegenbrachte, mit Niederträchtigkeit und mit Ausbeutung hinter dem Rücken herzugeben.

Da war eine Witwe mit zwei Töchtern. Von keinem aus dem Kleeblatt hatte man jemals gut gesprochen. Sie wohnten in einer Kneipe, zu der nicht ein einziger Strich Feld gehörte. Nur etwas Kartoffelland, auf dem aber auch eher Unkraut als sonst was wuchs, weil sie zu faul waren, eine Gade auch nur in die Sand zu nehmen. Bei denen wollte man den Wojtech oftmals gesehen haben. Und sicherlich: die Wädel arbeiteten gar nicht mehr und tragen doch neue Röcke an sich. Hässig, rauhender und umfangreicher denn je.

Und dann war in ihrem eigenen Hause diese Anblosa. Die hatte neuerdings so etwas Schwitziges an sich, wenn sie mit der Frau sprach, so eine hässliche Höflichkeit, hinter der eine dumme Schwadenfremde vorgrünzte. Und ihre Augen waren gar nicht mehr neugierig, vielmehr frech, und sie schubste jede Ermahnung von den Achseln. „Sät!“ er am Ende wohl etwas erschrocken. Nur eine zynische Abneigung gegen jede Unsauberkeit und jede Keckerei war in ihr.

Die Anblosa meinte fort. Und auf dem Tische wurde keine Götze mehr gedungen. Der Wojtech schüttelte seine häßlichste Kräfte, wenn wieder einmal ein entrat, die um ein erbliches mehr zur Bogelschnecke als

zu sonst was erschaffen schien. Aber die Ruzena blieb unarmherzig.

Er schimpfte hinter ihrem Rücken auf der Kneipe und zu seinen Schmarobern, daran es ihm natürlich nicht fehlte, nicht schlecht auf sein Weib. Gegen sie aufzumenden, wagt er noch nicht. Denn etwas Geschlossenes und Starkes war an ihr, das ihm immer noch Achtung abzwang, obwar die tägliche Gewohnheit ihn langsam dagegen abtampfte. Keine von ihr hatte er Mut. Was sie denn meinte? Und warum er denn nach Hause kam? Ein ganzes Nest von Nachteulen mit einemuhu an der Spitze, der Schnappe und die Augen ralle, bei sich zusammen sehen, das machte doch niemandem einen Spaß. Und wenn die Ruzena dahin treibe, dann solle sie sich nicht wundern, wenn einmal etwas herauskomme, daß sie noch runder dazwischen sehen werde als sonst.

Das war natürlich zu Anfang nur so geendet, damit man sah, wie ein schneidiger Keel der Wojtech lief. Aber natürlich es gibt immer Menschen, denen es naturlichschaffenes Gottesfreude ist, noch zu hegen. Gar noch, wenn sie bei jemandem Weid spüren, das jeder füt. Und so ging's denn los: „Wojtech, du bist der Mann!“ Und: „Reig!“ ihr den Herrn, „Wojtech!“ bis er glaubte, es stünde keine Ehre oder was so ein Lump darunter versteht, auf dem Spiele. War er aber hinterankt und hat seinen rechten Anfinn von sich gegeben, so hat man ihr zu: „Denk dir nur, Ruzena, so hat dein Mann von dir gesprochen, und dies hat er gebroht!“ Zude sie die Achseln: „Das ist gegen Gott und sein Geseh. Nicht einmal fürchten tut sie sich vor dir, Wojtech! Du machst sie nur!“ Und: „Das schreit dich nicht gefallen lassen.“ Bis zwischen beiden Abneigung und Argwohn hoch wuchs, eine Dornenhecke, die niemand durchbrechen will.

Es war ihr nicht gegeben, sich anzusprechen. Und etwas Herrliches war immer freilich an ihr gewesen. Denn sie wollte niemals und nichts, nur das Rechte. Und sie meinte, ein jeder müsse das von selber begreifen und sich danach richten. Und sie erkannte wohl: ihr Mann war nicht eben sehr fürchtbar. Und so arab sich ihr diese fürchte, die der Zweifel und das traurige Nachsinnen gepflügt, immer tiefer, schmerzhafter, wie von einem starken Weiblich, in die Sterne ein.

Und wie schließlich das nur war, immer im Verdacht zu leben und keine Stunde sicher zu sein! Denn immer tiefer fraßen sich diese rastlosen Anflaen in ihr. Und war die Anblosa auch nicht mehr auf dem Hof, aus der Welt war sie darum nicht, und auf den Namen kam es nicht an, den das Frauenzimmer trug.

Und die Ruzena war viel allein. So zog sie dies alles immer tief in sich, und die Luft, die sie atmete, war erfüllt mit eitel Befürchtungen. Manchmal feste sie sich zum Willen und sagte sich bei ihm aus. Denn die Tereza war in ihren Augen immer noch das Kind, das von derlei nichts wissen durfte, wie wohl die Paradies schon stets dreister nach ihr schielten. Und ein großes und tiefes Leiden schwell in der Brust der Ruzena. Ihren Bruder, diesen hoben und guten Menschen, hatte man ihr für ein ganzes Leben unvollständig gemacht. Für ein anderes aber war nichts geblieben. Warum nicht? Nur damit er sie eben machen könnte? Sie wollte diesen Gedanken vermeiden, dessen ganze Sündhaftigkeit sie empfand: aber los wurde sie ihn nicht mehr, je dem er ihr gekommen war.

Ammer häßter wurde sie, je deutlicher sie erkannte, daß sie über ihren Mann gar keinen Einfluß habe und gewinnen könne.

Einmal, da er sich schwer beunruhigt hatte — und oftmals war er ihr schon in einem Zustand heimgelommen, vor dem es ihr graute, und wollte sie ihm dann gar noch schön tun — sperrte sie ihm die Tür vor der Nase zu. Er schlug einen Seidenärm, pochte und brüllte und rief sie dazwischen mit spöttischen und lästerlichen Rosenamen, daß das ganze Dorf wach ward und alles lachte. Alle rief er zu Jengen an für die Schmach, die man ihm bereitet. Sie blieb unerbitlich, wie wohl sie mit Herzstücken hinter der Tür bewachte.

Als alles ruhig geworden war, machte der Wojtech kehrt. Das ging wohl seines Raufes sehr stramm. Er drohte noch einmal mit der Faust nach dem Hause hinüber, grimmig, nachdrücklich. Nachdem sah er sich um. Er war allein. Alle Fenster standen vom Mond überflutet in der Nacht. Er fuhr sich durchs Haar und grinste sehr breit. Auf der Gasse schlafen? Nein, das tat der Wojtech nicht. Denn der volle Mond stand am Himmel und so alle Rebel aus der Mark, die mit eitel silbernen Schuppen und mit schattigen Kaufschaden dahinschloß. Da konnte man an seiner Gesundheit Schaden nehmen. Das war ein Unheil geworden, dem man sich nicht ausleben durfte. Er schlief sich durch die tiefen Schatten dahin, wo die Anblosa nun diente. Dreimal dahine, wie die ein Hund, der mit dem Mond seinen ewigen Streit hat. Dann verstand er.

Nach das wäre zu extragen gewesen, obwohl das ewige Gerede darüber beinahe und beunruhigte, wie eine einzige, rastlose Bremse das stärkste und ruhigste Ross toll machen und zum Durchbrechen bringen kann.

Aber derlei heisst sich immer wieder. Auch anderen widerfuhr es. Nur nimmt's die eben leicht und entschuldig sich so oder so, die verwundet es schwerer und erschöpft es mit sich.

in Einzelgräbern, die sich mehrfach an den Seitenabhängen befinden, zum Teil aber in Massengräbern und zerstreut in der blutgetränkten Erde. Italienische Soldaten sind es, die jetzt die Ausgrabungen der verwesenen Leichname besorgen. In der letzten Zeit kamen aus Italien verschiedene Angehörige von gefallenen Kriegern, um bei den Exhumierungsarbeiten persönlich anwesend zu sein. Sofern die Toten in Einzelgräbern untergebracht und bezeichnet waren, wurden sie in der letzten Zeit in die Heimat befördert. Die übrigen Soldatenleichen werden in großen Holzgräbern gesammelt und nach Biveve gebracht, wo ein großer Militärfriedhof entsteht, der all die vielen, die am Col di Lana geopfert wurden, als „Col di Lana-Friedhof“ umfassen wird. Traurige Szenen spielen sich ab, wenn die Angehörigen zugegen sind. Derzeit werden die Arbeiten durch das herrliche Wetter sehr begünstigt. Nach Eintritt von größeren Schneefällen werden sie abgebrochen, um im nächsten Jahre fortgesetzt zu werden. Man glaubt, im Jahre 1922 sämtliche Leichen exhumiert zu haben. — Auf einer Landstrecke von 30.000 englischen Quadratmeilen sind in Nordfrankreich und Belgien jetzt 3000 Friedhöfe errichtet worden, wo neben den Leichen anderer Völker auch etwa 527.000 Engländer liegen. Am Eingang eines jeden Friedhofes soll jetzt ein Gedenkstein errichtet werden, der die Inschrift trägt: „Dieses Land ist ein Geschenk des französischen Volkes, gestiftet als ewiger Ruheplatz und zu Ehren der Angehörigen der alliierten Armeen, die in dem Kriege 1914 bis 1918 fielen.“ Die Inschrift wird englisch und französisch, bei den Grabstätten auf belgischem Gebiet auch slawisch angebracht werden. Die Friedhöfe unterstehen einer Kommission, an deren Spitze Oberst Goedlands steht, der mit einem Stabe von 1800 Leuten, von denen 870 Gärtner sind, die Gräber in Ordnung hält. Oberst Goedlands hat auf den Ruhestätten bereits anderthalb Millionen Bäume pflanzen und Blumen einsetzen lassen, die in langer Reihe hintereinander sich über 98 englische Meilen ausdehnen würden, 248 Acres (1 Acre = 40.478 qm) sind mit Grasland besät, 20 Meilen Heiden sind aufgezoget worden. Bei Boulogne, Etaples und Bapaume liegen die größten Friedhöfe, wo je etwa 10.000 Leichen begraben sind.

Die Kriegsverbrecher. Die Presse der ganzen Welt hat während des Krieges gelogen, aber keine Presse hat eine so erbärmliche Haltung eingenommen wie die Deutschlands. Was aus dem Kriegspresseamt mitgeteilt wurde, wurde dem Publikum von den Redakteuren vorgelesen, mochten diese auch noch so überzeugt sein, daß es sich um offensichtlichen Schwindel handelte. Und mit diesem Schwindel des Kriegspresseamtes weitesterten die Kriegsberichterstatter. Sie logen, daß sich die Balken bogen und schrieben mit der Miene eines Augenzeugen über Dinge, von denen sie keine Ahnung hatten. Wie dieser Schwindelkonzepte der Kriegsberichterstatter von militärischer „Stelle“ angeleitet wurde, davon zeugt ein Telegramm, das der betrichtigte Major Nicolai, oberster Regisseur des von Ludendorff geriebeneu Kriegsschwindels, im März 1917 losgelassen hat. Es lautet:

Sie hätt's freilich besser verdient. Sie wußt es bei sich. Und so unüblich war sie am Ende noch lange nicht, daß man an ihr nicht ganz und gar kein Gefallen finden konnte.

Damit kann ein tapferes Weib, schwer genug, aber es kann damit fertig werden. Und sie mochte dem Gefindel um sich nicht die Freude gönnen, zu klagen oder über den Mann ihrer eigenen Wahl zu schimpfen, worauf das doch in schadenfroher Sehnsucht nur wartete.

Es war eben eine schwere Heimfindung, die ihr Gott auferlegt hatte. Sie trug sie, ungedogenen Sinnes. Es kam ihr wohl manchmal der Gedanke, dem ein Ende zu machen, das sie so verlorde und ihr jede ruhige Stunde nahm. Die March war nahe und tief genug.

Davor aber schredte sie nicht nur ihre große und aufrichtige Frömmigkeit zurück. Auch das Gefühl der Verantwortlichkeit war in ihr zu mächtig. Was wurde ohne sie aus dem armen Krüppel, an dem ihre Seele hing?

Was aus dem Hof, den sie so in Flor gebracht, daß er weithin als Muster gelten konnte? Denn des Wostsch Lumpenleben ging nun schon ins Geld, da sie noch ein strammes Regiment und die Schüre des Geldbeutel in fester Hand hielt. Kam er dorüber, so war in kurzen wohl alles veran. Und einen solchen Gedanken verträgt eine realschaffene und aufrichtige Bäuerin nicht. Je tüchtiger sie ist, desto mehr fühlt sie sich nur als Verwalterin und Hüterin dessen, was sie übernommen und ungeschmälert, wenn nicht vermehrt, ihren Folgern und Erben übergeben will.

Und nun wußte sie: Es gab da und dort, beim Krämer und beim Wirt Schulden. Und die wuchsen immer höher, und wie wollte er, der keinen eigenen Kreuzer hatte, sie zahlen, wenn er sie nicht betrog? Und man trieb auch wirklich Verleiden mit ihr und suchte sie allenthalben zu übervorteilen. Es gibt für die

„Major Nicolai drahtet: Erster Quartiermeister (das war Ludendorff) hat meinem Vortrag zugestimmt, daß es zweckmäßig sei, deutsche Kriegsberichterstatter nach Belgien, Polen, Rußland und Sommergebiet zu entsenden, damit sie für deutsche Presse berichten, nicht, was sie sehen, sondern was von Heeresgruppe und Armeekorpskommando zu veröffentlichen für zweckmäßig erachtet wird. Besonders über Truppe, Bevölkerung und geographisches Leben, trotz andauernder Kampfhandlungen. Es müssen Zwecktelegramme werden. Nehme an, daß Absicht verständlich, andersfalls erwarte Rückfrage. Wenn Heeresgruppe einverstanden, bitte Kriegsberichterstatter heranzuziehen und Oberkommando zu überweisen.“

Scharfe Leitung und Zensur erforderlich. In Zweifelsfällen sind Telegramme zur Prüfung über mich zu leiten. Antwort, ob Maßnahme stattfindet. — Bemerkte dazu: 1. Heeresgruppe einverstanden; 2. Wenn AOK einverstanden, erbitte umgehende Mitteilung; 3. Etwaige Rückfragen sofort an mich richten; 4. Zweifelhafte Telegramme von dort an Chef III unmittelbar leiten; 5. Letzte Frage werde ich nach Eingang der Stellungnahme beantworten; 6. Erbitte Mitteilung von Gesichtspunkten, was AOK zu veröffentlichen wünscht.

Obliga Cambrai Nr. 857 (11, 18 vorm.)“ Das Beschämendste bei der Sache ist übrigens nicht, daß die Nicolai und Ludendorff solche Beschwörungen losließen, sondern daß sich Kriegsberichterstatter fanden, die Lügen an die Zeitungen deponierten und schrieben, und daß die Zeitungen diese Lügen veröffentlichten. Nur dadurch konnten die Ludendorff und Konfuzius das deutsche Volk über vier Jahre in dem Wahn halten, daß alles glänzend stehe, daß die Engländer dem Verhungern nahe sind, während „wir“ uns an Koshüben dick und fett essen, daß „wir“ keine Verluste haben, daß die Franzosen aber schon infolge ihrer großen Verluste Anaben an die Front schicken müssen, daß, um mit Hellsicht zu reden, dank des glänzenden Standes der deutschen Waffen und des sicheren deutschen Sieges, die Aenderen sich jahrzehntelang mit dem Bleigewicht der Kriegslasten herumzuschleppen müssen, wir aber nicht, usw. Kennt man also die großen Kriegsverbrecher Ludendorff, Hindenburg usw., dann darf man auch die verbrecherischen Kriegsberichterstatter nicht vergessen.

Wie ein König in der bayerischen Republik begraben wird. Bayerische bürgerliche Blätter veröffentlichen folgende „Hofnotiz“: „Ueber die Ueberführung der Königsleiche von Ungarn nach München kann noch nichts Bestimmtes gemeldet werden. Die Vorbereitungen für eine würdige, den König und das Bayernvolk ehrende Trauerkundgebung in München sind abgeschlossen. Der Trauerzug wird eine sehr starke Beteiligung aufweisen. Man rechnet mit rund 30.000 Teilnehmern. Vereine sind bisher über 18.000 angemeldet. Ihre Zahl wird sich aber sicher noch auf 20.000 erhöhen. Die Zahl der Vertreter der Behörden, Gemeinden und Beamten, die am Zuge teilnehmen werden, schätzt man auf 10.000. Den Trauerzug eröffnen die Vereine. Dann werden die beiden Särge folgen und den zweiten Teil des Zuges werden die Vertreter der Behörden und Ämter bilden. —

Dauer nicht, was so mit einer immer steigenden Erbitterung reizt, wogegen man sich so wehrlos fühlt.

Dabei bereitete sich unter ihrem eigenen Dach, so daß sie's unbedingt hätte gewahren müssen, wenn ihr die ewigen Sorgen und Verdriehlichkeiten nicht den klaren Blick benahmen, das schlimmste Unheil vor.

Nämlich, die Theresia war wirklich zu ihren Jahren gekommen. Und sie hatte gehalten, was sie klein versprochen. Ein sehr hübsches und munteres Mädchen war sie geworden. Wie eine Kasiane war sie, die eben aus ihrer stacheligen Hülle gesprungen ist: bräunlich von Antlit, braun das Haar und die Augen, und überaus und allenthalben blank.

Allen Dursten gefiel sie so. Denn sie war auch eine gute Partie. Keinen aber reizte sie mehr als den eigenen Schwager.

Nun mußte man immer zusammen sein. Und die Gemeinschaft war so eng, daß kaum ein Augenblick verging, wo man einander nicht begegnete oder nicht immer wußte, wo man das andere treffen und überraschen konnte. Und die Theresia war sehr fleißig und geschickt, und keine Arbeit war ihr zu viel, und durchaus brav war sie.

Es waren ja manchmal in sehr schweren Stunden der Notizen Gedanken an solche Möglichkeiten gekommen. Aber sie scheuchte sie immer wieder und mit aller Kraft. Denn derlei war doch zu widerständig und unerhört und eben nur ein Beweis, wie schlecht sie selber geworden war, seit sie von nichts als Posheit und Hinterlist lebte. Und was sollte sie auch dagegen tun? Das Mädchen aus dem Hause und in einen Dienst geben? Dazu hatte sie kein Recht. Denn die Theresia war so aut wie sie ihrer Eltern Kind und mußte sich also nicht als Dienstmagd quälen, wenn die Schwelger die reiche Bäuerin vorstellte.

(Fortsetzung folgt).

Zu einem würdigen Empfange der letzten Hüllen ihrer Majestät des Königs Ludwig III. und der Königin Theresia von Bayern triffen bereits Bezirksamt und Stadtrat Rosenheim. Der Trauerzugeszug wird auf seiner Durchfahrt durch Rosenheim auf dem ersten Hauptgleise des Bahnhofes einlaufen. Auf dem Bahnsteig werden sich Vertreter des Stadtrates, die Vorsteher der staatlichen und städtischen Behörden, die Pfarrvorstände und Vereine mit Fahnenabordnungen gruppieren. Die Schulen nehmen längs des Grasdorfer und Mühlbacher Geleises Aufstellung. Rosenheim und die umliegenden Orte werden am Trauertage die Häuser mit unflorten Fahnen oder auf Halbmast beslaggen.“ Nachdem der Reichswehrminister der Republik, Herr Geßler, ausdrücklich Spalierstellung durch die republikanische Reichswehr angeordnet hat, ist allerdings nicht einzusehen, warum die monarchistischen bayerischen Behörden ihrer „Reinigung“ Schranken auferlegen sollen.

Ch. avintismus bis zum Wahnsinn. Eine Erfurter Garnfabrik verspricht folgende gedruckte Prospekt:

DMC-Stidgarn, das Erzeugnis unjerer niederrächtigsten, unserer französischen Feinde, laufe kein wahrhaft Deutscher mehr. Man laufe dafür unser völlig ebenbürtiges, unübertroffenes, glanzreiches und durchaus waschbares Deutsches Stidgarn.

Ueber den Takt, der aus diesem Prospekt spricht, wollen wir mit dem Erfurter Fabrikanten nicht streiten. Aber es liegt Wahnsinn in dem darin ausgesprochenen Gedanken. Denn wenn Deutschland von seinen „Feinden“ nichts kauft, müßten sämtliche deutschen Textilfabriken schließen, samt sämtlichen Tabak- und Zigarrenfabriken, es sei denn, Deutschland lehrte zu dem berühmten deutschen Erzeugnis der Papiergewebe oder zu dem Knaster und der Zigarre Waldebrauschen zurück.

Ein mannhafter Beschluß einer Gemeindevertretung. Die Marktgemeindevertretung von Josefthal hat am 25. Oktober folgende Entschliegung einstimmig angenommen:

„Seit Beginn der Einhebung der Gemeindeumlagen durch das Steueramt in Gablouz a. d. R. ist dieses Amt bei der Marktgemeinde mit einer Summe im Rückstande, die bereits jetzt über 50 Prozent der gesamten für das Jahr 1921 präliminierten Gemeindeumlagen anmacht. Die Gemeinde Josefthal befindet sich deshalb in der größten Finanznot. Sie stellt infolgedessen an alle maßgebenden Faktoren die Forderung, zu veranlassen, daß das Steueramt in Gablouz a. d. R. die rückständigen Gemeindevumlagen sofort zur Auszahlung bringt, da sonst die Gemeinde nicht mehr in der Lage wäre, die Gehälter der Gemeindebediensteten auszuführen und daher in nächster Zeit die Tätigkeit ihres Gemeindeamtes einstellen müßte.“

Diese Entschliegung wird nicht nur allen Behörden, welche diese Angelegenheit irgendwie beeinflussen könnten, sondern auch allen deutschen Abgeordnetenklubs, dem Verbands der deutschen Selbstverwaltungskörper und der gesamten deutschen Presse mit der Aufforderung übermitteln, den Kampf der Gemeinde in jeder Weise zu unterstützen. Da alle Gemeinden infolge dieser mangelhaften Auszahlung der Umlagen durch die Steuerämter in derselben trostlosen Finanzlage stehen, wird erwartet, daß alle deutschen Gemeinden denselben Beschluß fassen, die obige Entschliegung auch ihrerseits annehmen und an alle oben genannten Stellen leiten. Wenn alle deutschen Gemeinden einig vorgehen und entschlossen auch die letzten Konsequenzen ziehen, wird die Regierung wohl oder übel Abhilfe schaffen müssen.

Frage zu den Versammlungen vom Sonntag. Die Versammlungen in Ostböhmeneu waren durchwegs sehr gut besucht. Versammlungsorte waren Trautenau — hier sprach Abgeordneter Genosse Schäfer — ferner Arnau, Hohenelbe, Kaplitz und Brauna. Ueberall wurde die Haltung des Parteivorstands und sozialdemokratischen parlamentarischen Klubs gebilligt. — In Freudenthal und Würbenthal in Schlesien erstattete Senator Genosse Link in massenhaft besuchten Versammlungen Bericht. — In Reichenberg fand die Versammlung in der Vereinskasse statt. Die Ausführungen des Referenten, Abgeordneten Genossen Schäfer, fanden lebhaft Zustimmung, die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Fall Sacco und Vanzetti. Das Justizdepartement in Washington hat eine Untersuchung wegen der von den Extremisten in der Angelegenheit Sacco und Vanzetti geäußerten Drohung angeordnet. — Aus Lissabon wird gemeldet: Beim Verlassen seiner Wohnung stieß der amerikanische Konsul mit dem Fuße an eine vor die Türe gelegte Bombe in Maschine, wodurch eine Explosion entstand, die aber nur Sachschaden anrichtete. In einem neben die Höllenmaschine gelegten Briefe wird ausgeführt, daß es sich um eine

Protestkundgebung gegen die Verurteilung Saccos und Vanzettis handele.

„Die freie Gemeinde“, Organ für sozialdemokratische Kommunalpolitik, bringt in Heft Nr. 19 und 20 eine Darstellung des Mietrechtsgesetzes mit Erläuterungen und allen wichtigen bisher gefällten Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes. Ebenso ist mit dem Abdruck des Gesetzes vom 12. August betreffend die provisorische Regelung der Finanzwirtschaft der Gemeinden begonnen worden. Dieses Gesetz wird in den nächsten Nummern noch vollständig veröffentlicht, wobei ebenfalls wichtige und leichtverständliche Erläuterungen gegeben werden. Außerdem enthält die Zeitschrift viele andere wichtige Darstellungen und bringt Notizen und Berichte über die gesamte sozialdemokratische Kommunalpolitik. Jeder sozialdemokratische Gemeindevertreter soll Abnehmer der „Freien Gemeinde“ sein.

Der Würder Rudolf Weil für irrsinnig erklärt. Der Glasperlenfabrikant Rudolf Weil aus Bribram, der, wie wir seinerzeit gemeldet haben, den Hörer der Philosophie Karl Steiner mit einem Browning auf dem Wenzelsplatz niederschoss, wurde, da die Untersuchung seines Geisteszustandes seine Unzurechnungsfähigkeit ergab, in die Landesirrenanstalt eingeliefert.

Gefährlicher Fund. In den Zeiträumen der Staatsbahn in Pölseschowitz wurde in einem Kohlenwaggon eine Dynamitpatrone gefunden, welche durch Unvorsichtigkeit in den Gruben dorthin gelangt war. Sie wurde der Militärverwaltung übergeben.

Ausland.

Die deutschen Kommissäre für Oberschlesien.

Mit vollem Recht weist H. v. Gerlach in der „Welt am Montag“ darauf hin, daß der Reichskanzler Wirth von heute nicht mehr der Reichskanzler vor drei Monaten ist. Damals habe er das kühne Wort gesprochen, bei einem Kampf zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse werde er sich auf Seite der Arbeiterklasse stellen, mittlerweile aber habe er Handlungen begangen, die auch von einem Nationalliberalen hätten ausgehen können. Gerlach erinnert an die diabolisch schlaue Kreditaktion der Industrie, durch die die Besteuerung der Goldwerte durchkreuzt werden sollte, an den widersinnigen Gedanken des Blodes von Scheidemann, an die ungeschickte Note Deutschlands über Oberschlesien und fährt dann fort:

„Die Ernennung des Kommissärs für Oberschlesien und seines Stellvertreters (Schiffer und Lewald) ist geradezu ein Fehlgriß. Wenn das Ministerium sich auf das Programm der „Einschnürung und Abschnürung“ Polens festgelegt hätte, hätte es nicht viel anders handeln können. Will man wirklich nur verhandeln, um die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, statt aus einer für Deutschland schlechten Situation wenigstens so viel wie möglich nützliche Vereinbarungen herauszuholen? Schiffer, der alte nationalliberale Skatist, war die treibende Kraft für die Demission Wirths. Jetzt belohnt ihn Wirth mit dem für die nächste Zeit wichtigsten Posten. Lewald, der geschäftsluige Staatssekretär, war unter der Republik ein treuer Hüter der ihm von Wilhelm her liebgewordenen Verwaltungsmaximen. Jeder Republikaner mußte aufatmen, als er las, daß er — endlich, endlich! — seinen Abschied erhalten habe, und muß sich nur umso verwunderter, zwei Tage darnach fragen: warum in aller Welt hat ihn Wirth von dem einen Posten entfernt, um ihn auf einen fast noch wichtigeren zu befördern? „So geht die Sache nicht weiter, Herr Reichskanzler, wenn Sie sich nicht ihr eigenes politisches Grab schaufeln wollen!“ Allerdings, so geht die Sache nicht weiter. Und Gerlach rat dem Kanzler, daß er sich auf Neuwahlen zum Reichstag vorbereiten und eine zukünftige Parole gegen die Schwerindustrie und gegen das Großkapital schaffen soll. Und Steuern auf die Sachwerte muß die Wahlschlacht geschlagen, dann werden nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die Stinnesleute und die ihnen wesensnahen Demokraten auf der Strecke bleiben.

Gemeindevahlen in England.

London, 2. November. Bei den gestrigen Gemeindevahlen, die in über 300 Stabsbezirken von England und Wales abgehalten wurden, gewannen nach den bisherigen, bis Mitternacht bekanntgegebenen Ergebnissen, die Arbeiterpartei 78 Sitze (Verlust 42), die Konservativen 23 (Verlust 50), die Liberalen 16 (Verlust 60), die Unabhängigen 46 (Verlust 15).

Kämpfe zwischen Albanern und Serben.

London, 1. November. (Reuter.) Nach einer Nachricht aus Albanien hat bei Durja ein heftiger Kampf zwischen serbischen und albanischen Truppen stattgefunden. Die Stadt ist durch die serbischen Truppen bedroht. Die Verbindung mit Tirana ist unterbrochen.